



Junge Ungarische  
Rechtshistoriker

GAETANO FILANGIERI  
IN DER UNGARISCHEN  
STRAFRECHTSGESCHICHTE

2

Budapest  
2007

# Junge Ungarische Rechtshistoriker

---

Publikation  
des Lehrstuhls für Ungarische Rechtsgeschichte  
Rechtswissenschaftliche Fakultät  
Eötvös-Loránd-Universität

Herausgegeben von:  
Prof. Dr. Barna Mezey

Redakteurin:  
Dr. Krisztina Davidovics

Lektor:  
Henning Rockmann

©Gábor Bathó, Anna Beke-Martos, Judit Beke-Martos, Dorothea Csoór,  
Boglárka Földesi, Imre Képeßy, Judit Lenkovics, Zoltán Pafféri,  
Viktor Romsics 2007

Textverarbeitung und Computersatz:  
Ágnes Horváth

ISSN 1789-1086

# INHALT

PROF. DR. BARNA MEZEY: Filangieri und die ungarische Aufklärung (Vorwort)	5
BEKE-MARTOS, JUDIT: Überblick über das Zeitalter Filangieris in Ungarn und die ungarische Kodifikationsbewegung	8
PAFFÉRI, ZOLTÁN: Auf der Spur von Gaetano Filangieri in Ungarn	15
CSOÓR, DOROTHEA: Die Wirkung Filangieris auf den Strafkodexantrag von 1795	20
LENKOVICS, JUDIT: „Die ungarischen Jakobiner“ – die öffentlich- rechtlichen Gedanken von József Hajnóczy mit besonderer Berücksichtigung der Wirkungen Filangieris	27
BATHÓ, GÁBOR: Der Martinovics-Prozess und die Argumentation mit der Lehre Filangieris	33
FÖLDESI, BOGLÁRKA: Der Wettbewerb der Ungarischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1839	38
ROMSICS, VIKTOR: Die Debatten über den Gesetzantrags von 1843 im Landtag und das Auftreten der Gedanken Filangieris in dieser Diskussion	43
BEKE-MARTOS, ANNA: Der Strafgesetzesantrag von 1843 und sein Zusammenhang mit Gaetano Filangieri	48
KÉPESSY, IMRE: István Széchenyis Gedanken über die Entwicklung des Strafrechts	56

# VORWORT

## Filangieri und die ungarische Aufklärung

In seinem 1819 veröffentlichten Lehrbuch *Institutiones Iuris Criminalis Hungariae* weist Matthias Vuchetich in der allgemeinen Beschreibung des in Ungarn angewendeten Strafverfahrens beim Thema der Wahl zwischen Inquisitions- und Akkusationsprozess auf Filangieri hin. Bezüglich der Ausführungen von Filangieri in Kapitel III des Bandes III seines *Systems der Gesetzgebung* könne man feststellen, dass „der Inquisitionsprozess viel mehr dem Gemeinwohl und auch dem Privatinteresse dient, um so mehr, weil es natürlich wurde, dass die Verwaltungsbehörden mangels Ankläger im Interesse der öffentlichen und der privaten Sicherheit handeln, deshalb wurde der Inquisitionsprozess sowohl im österreichischen als auch im bayerischen Recht eingeführt.“<sup>1</sup>

An und für sich ist nichts Besonderes daran, dass der Kompilator und Universitätsprofessor der Strafrechtswissenschaft, Vuchetich das Lebenswerk Gaetano Filangieris kennt. Die Tatsache aber, dass er das Lebenswerk des vorzüglichen, aufgeklärten Wissenschaftlers und Kodifikators bei der Zusammenfassung des ungarischen Strafrechts als Bezugspunkt nimmt, ist keineswegs gewöhnlich.

Obwohl man berücksichtigen muss, dass uns auch schon der Zeitpunkt Vieles verrät: Das ausgezeichnete Werk der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die *Institutiones Iuris Criminalis*, ist eines der zu Beginn der liberalen Ära in Ungarn veröffentlichten Bücher. Durch sein Dasein und sein Zeugnis symbolisiert es die Verspätung und die dadurch entstandene „Stauung der Epochen“, die so charakteristisch für die ungarische Geschichte ist. Die Aufklärung, die ausschlaggebende geistige Bewegung des 17. und 18. Jahrhunderts in Europa und Amerika, kam wegen der eigentümlichen geschichtlichen Verhältnisse erst in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Ungarn an. Die Lehren Voltaires, Hobbes, Lockes und der französischen Enzyklopädisten über die Verwerfung der Autorität und der Tradition, über die Freiheit der Bürger, über die auf einem Vertrag beruhende Gesellschaft und die daraus gezogenen Folgerungen konnten aber selbst zu dieser Zeit nur durch einen besonderen Filter, durch den besonderen Filter des Absolutismus nach

<sup>1</sup> Vuchetich, Mátyás: A magyar büntetőjog rendszere (*System des ungarischen Strafrechts*). Budapest, Magyar Hivatalos Közlönykiadó, 2007. S. 62-63



Ungarn gelangen. Nach Ungarn, dem Land, dessen politische Elite ihre Tätigkeit entweder in den Dienst des aufgeklärten Absolutismus der Habsburger stellte oder seinen in der ständischen Verfassung versteinerten Standpunkt im Ständekampf gegen die Wiener Regierung entfaltete.

Nach dem Sturz der offiziellen personifizierten Aufklärung (Tod Joseph II.) erschienen die Ansichten der Aufklärung im öffentlichen ungarischen Denken schon zusammen mit dem modernen europäischen Liberalismus - aber auch dann nur angepasst in einer eigenartigen, ständischen Formel. Nach dem Fall des Absolutismus in Ungarn, im traditionellen Rahmen der wiederhergestellten Monarchie mit Ständevertretung, versuchten die ungarischen Nationaldenker, die alten, ständischen Strukturen unter Betonung der nationalen Unabhängigkeit zu modernisieren. Abgesehen von einigen radikalen Denkern (z. B. János Batsányi und József Hajnóczy) hatte die radikale Auffassung im Land kaum Anhänger, so waren die reinen Formen schließlich zum Untergang verurteilt. In den 20-er und 30-er Jahren des 19. Jahrhunderts erschienen die Grundforderungen der Aufklärungsbewegung, eine nach der anderen, eingebettet ins Argumentationssystem des siegreichen Liberalismus. Zu dieser Zeit wurde der Plan umgesetzt, den sich einige verlorene Bewegungen der „ungarischen Jakobiner“ nach dem Hochverratsprozess und den Todesurteilen zum Ziel setzten, „der superstitio (oder dem feudalen Aberglauben) den blutigen Dolch aus der Hand zu reißen und von ihrem grausamen Gesicht die Maske abzukratzen.“ (Ferenc Kazinczy)<sup>2</sup>

Diese „Laufbahn“ (nämlich der Weg vom ersten Erscheinen der Ideen der Aufklärung bis zu ihrem Einbau in das öffentliche Denken) ist sehr augenfällig anhand der Geschichte der ungarischen Strafrechtskodifikation zu sehen. 1712 kämpfte der Universitätsprofessor Miklós Bencsik in Tyrnau noch mit dem grundlegenden Problem, wie das traditionelle ungarische Recht, das Tripartitum, mit den Anforderungen der Modernität zu vereinbaren sei.<sup>3</sup> Eine der Reformdeputationen des 1790 eröffneten Landtags erstellte bis 1795 einen neueren Entwurf des Strafgesetzbuchs, welcher die erste vollständige Vorlage eines Strafgesetzbuchs in der ungarischen Strafrechtsgeschichte ist, die das ganze jus criminale restlos umfasst. Der Entwurf aber, der zahlreiche, durch den Hof im Sinne des aufgeklärten Absolutismus anempfohlene Thesen der Aufklärung übernahm, wurde nicht rechtskräftig, nachdem die Ereignisse in Frankreich die Prinzipien der Aufklärung in den Augen der öffentlichen Meinung kompromittiert hatten.<sup>4</sup> Der 1828-1829 verhandelte neuere Entwurf

<sup>2</sup> Pruzsinszky, Sándor: Természeti jog és politika a XVIII. századi Magyarországon. (*Naturrecht und Politik im Ungarn des 18. Jahrhunderts*). Budapest, Napvilág Verlag, 2001. S. 9

<sup>3</sup> Bónis, György: A magyar büntető törvénykönyv első javaslata 1712-ben (*Der erste Entwurf zum ungarischen Strafgesetzbuch vom Jahre 1712*). Budapest, Az Angyal-szeminárium Kiadványai 26. (*Publikationen des Angyal-Seminars 26.*), 1834.

<sup>4</sup> Hajdú, Lajos: Az első (1795-ös) magyar büntető-kódex tervezet (*Das erste ungarische Strafgesetzbuch-Antrag*). Budapest, Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, 1971.

war nur ein blasses Spiegelbild des Entwurfs des Jahres 1795<sup>5</sup>, gewann aber an Einfluss, und die liberale rechtspolitische Auffassung konnte sich schließlich im Entwurf vom Jahre 1843 entfalten.<sup>6</sup>

Der Lehrstuhl für Ungarische Rechtsgeschichte an der Eötvös-Loránd-Universität pflegt seit Jahren ausgezeichnete Kontakte mit dem Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Basel unter der Leitung von Professor Dr. Kurt Seelmann. Einen besonderen Beweis dieser Beziehung stellen die abwechselnd in der Schweiz und in Ungarn veranstalteten strafrechtsgeschichtlichen Seminare dar, an denen Lehrende, Forscher, Studierende und Doktoranden beider Universitäten teilnehmen. Ziel der Seminare ist es, die strafrechtlichen Strömungen der Zeit der Aufklärung und ihre rechtsphilosophischen und rechtspolitischen Auswirkungen auf die europäische Rechtspraxis und in den Kodifikationsbewegungen zu untersuchen. Ein sehr aufregendes Kapitel ist dabei die Frage der ungarischen Strafrechtsentwicklung. Das Strafrecht befand sich in geschichtlich bedingter Verzögerung, und gestaltete sich unter nicht geringem deutschen wissenschaftlichen Einfluss zu einem modernen Rechtszweig in Ungarn.

Das Heft, das Sie, verehrter Leser nun in der Hand halten, enthält den redigierten Text der ungarischen Vorträge des jüngsten Seminars über Filangieri in Basel. Sie sind überwiegend Arbeiten von Studenten, die im wissenschaftlichen Studentenkreis am Lehrstuhl für Ungarische Rechtsgeschichte tätig sind. Ich empfehle Ihnen vom ganzen Herzen die vorliegende Vortragsammlung.

Der Herausgeber

<sup>5</sup> Fayer, László: Az 1792-iki és az 1827-iki magyar javaslatok (*Die ungarischen Vorlagen von 1792 und 1827*). In: 1843-iki büntetőjogi javaslatok anyaggyűjteménye (In: *Materialsammlung der Strafrechtsvorlagen von 1843*). Herausgegeben von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Budapest, 1896. S. 41

<sup>6</sup> Eine Gesetzentwurf über Gefängniswesen im Jahr 1843 in Ungarn. In: Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Strafrechtskodifikation im 19-20. Jahrhundert (Hrsg. Gábor Máthé, Werner Ogris), Budapest, 1996. S. 203-219



# Überblick über das Zeitalter Filangieris in Ungarn und die ungarische Kodifikationsbewegung (1780-1848)

Judit Beke-Martos  
Eötvös-Loránd-Universität

Dieses Referat hat sich als Ziel gesetzt, einen Überblick über die ungarische Geschichte zu vermitteln. In Ungarn hat sich in dem untersuchten Zeitalter, nämlich zwischen 1780 und 1848, eine besondere politische und rechtliche Lage entwickelt, die das öffentliche Leben der Ungarn charakterisierte. Diese Entwicklung kann auf einige Besonderheiten zurückgeführt werden, die eine bestimmende Rolle in dem Werdegang unseres Staates gespielt haben. Darüber hinaus möchte dieses Referat einen Rahmen für die weiteren Referaten bieten, indem es ganz kurz die Kodifikationsbewegung dieses Zeitalters durchleuchtet.

## Geschichtlicher Überblick

Die ungarische Geschichte kann schon auf eine über tausendjährige Tradition zurückblicken. Das Volk der Ungarn hat sich mit der Landnahme im Jahre 895 im Karpaten-Becken etabliert und der erste König, István (Stephan) I. bekam die Krone vom Papst im Jahre 1000 verliehen. Die königliche Dynastie des Árpád-Hauses wurde auf dem Thron von den sog. Königen der gemischten Häuser ab dem 14. Jahrhundert abgelöst. Im 16. Jahrhundert brachen die Türken ins Land und haben es für circa 150 Jahre in drei Teilen zerschlagen. Diese Periode ist für die ungarische Aufklärung besonders wichtig: Im östlichen Teil des Landes hat sich das Transsylvanische Fürstentum verfestigt, im mittleren Teil regierten die Türken, und im westliche Teil blieb das Ungarische Königreich mit den Habsburgern auf dem Thron erhalten. Diese Situation – nämlich die Regierung der Habsburger Dynastie – wurde nach langen Streitereien und Kämpfen auf der Sitzung vom Landtag 1687 legalisiert und ab dieser Zeit wurde die Kontinuität in Bezug auf die Staatsform sowie die regierende Dynastie nicht mehr gestört, nicht einmal als Karl III. (1711-1740) seine erstgeborene Tochter Maria Theresia im Jahre 1740 auf Grund der von dem ungarischen Landtag 1723 anerkannten Pragmatica Sanction<sup>1</sup> folgte.

<sup>1</sup> Mezey, Barna: Magyar alkotmánytörténet (*Ungarische Verfassungsgeschichte*). Budapest, Osiris, 2003. S. 48-54, 65-73

Joseph II. (1780-1790) war eine der wichtigsten und zur gleichen Zeit widersprüchlichsten Persönlichkeiten dieses Zeitraums. Man hielt ihn für einen absolutistischen und aufgeklärten Herrscher, der unter anderem den Wunsch äußerte, einen Einheitsstaat zu Stande zu bringen, und um dieses Ziel zu erreichen, hat er auch alles Mögliche getan. Es war allerdings vielleicht eine der größten Unzulänglichkeiten seiner Politik – und trug zum Sturz des von ihm ausgebauten Systems bei –, dass er die geschichtlichen Traditionen Ungarns nicht beachtete. Deswegen waren seine Verfügungen im Bezug auf Ungarn nicht von entwickelnder Natur, sondern aggressiv und forciert. Sein Toleranzerlass (1781) – der den Protestanten freie Glaubensäußerung und Amtsannahme genehmigte – und sein Spracherlass (1784) – in dem er das Deutsche als offizielle Sprache für das ganze Reich erklärte – sowie weitere Verfügungen<sup>2</sup>, die den Widerwillen der zeitgenössischen Bevölkerung auslösten, waren schon Vorzeichen eines anderen Zeitalters. Josephs Idee, dass die Adligen und die Kirche für ihre Grundstücke auch Steuer zahlen sollten, wurde erst in der bürgerlichen Ära erfolgreich, und seine Initiative, die Rechtsprechung von der Verwaltung unabhängig zu machen, wurde erst viel später verwirklicht.<sup>2</sup> Der Unterstützerkreis des Königs beschränkte sich auf die Intellektuellen, und dies trug auch wesentlich zu seinem Misserfolg bei. Ein unbekannter Außenseiter, der wahrscheinlich Conrad Dominik Bartsch, der damalige Redakteur der Wiener Zeitung, war, hat ab 1782 durch Briefe im Politischen Journal, einem monatlich erscheinenden Blatt in Hamburg, die Ausländer über Josephs Reformen informiert. Er dachte: „Der König dient eindeutig der Aufklärung, aber die Adligen repräsentieren die verrostete Rückständigkeit und den Feudalismus.“<sup>3</sup> Von dem Standpunkt dieses Referats aus ist es durchaus wichtig, dass man die „Josephina“, das 1787 fertig gestellte Gesetzbuch des Königs, erwähnt, die auch ihrer Zeit voraus war.<sup>4</sup> Sie hat wichtige strafrechtliche Grundsätze zusammengefasst, die in vielen Hinsichten die Gedanken Filangieris als Basis nahmen.

Leopold II. (1790-1792) folgte seinem Bruder für zwei Jahre auf dem Thron. Er stimmte seinem Vorgänger zu aber er war viel flexibler, er hat sich als Politiker viel mehr angepasst, und deswegen bekam er mehr Verständnis und Unterstützung vom Volk. Sein Nachfolger, Franz I. (1792-1835), dagegen war durchaus konservativ: er fürchtete sich vor Veränderungen. Er interessierte sich wenig für den Willen und das Interesse des Volkes, und noch weniger für die spezielle Lage Ungarns. Er kämpfte jedoch während seiner Regierung mit Frankreich, und dazu brauchte er die Unterstützung des ungarischen Landtags – damit die Ungarn ihm Soldaten und Geld geben. Nach dem Ende des Kriege

<sup>2</sup> Vágvolgyi, Tibor: A magyar demokrácia születése – A felvilágosodás kora (*Die Geburt der ungarischen Demokratie – Die Zeit der Aufklärung*). Budapest, Világosság, 1945. S. 17-18, 32-33

<sup>3</sup> Mezey, 2003 S. 235-243

<sup>4</sup> Kókay, György: Felvilágosodás, kereszténység, nemzeti kultúra (*Aufklärung, Christentum, nationale Kultur*). Budapest, Universitas, 2000. S. 65

<sup>5</sup> Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (*Ungarische Rechtsgeschichte*). Budapest, Osiris, 1999. S. 271



mit Napoleon hat Franz I. den Landtag für über ein Jahrzehnt nicht zusammengerufen (zwischen 1812 und 1825). Die Reformzeit begann damit im Jahre 1825. Franz I. wurde von seinem Sohn, Ferdinand V. (1835-1848) beerbt, der auf Grund seiner geringen geistigen Fähigkeiten wenige operative Aufgaben löste. An seiner Stelle regierte praktisch der psychische Vater der Heiligen Verbindung, der Kanzler: Klemens Wenzel Lothar von Metternich (1773-1859). Seine Politik kann man auch nicht als „Ungarn-freundlich“ bezeichnen.

Dieser Zeitraum war nicht besonders günstig für die Entwicklung der ungarischen Politik und des Rechts. Dennoch war das nicht der einzige Grund für die Verspätung oder die Zurückgebliebenheit des Staates.

### Die Aufklärung als Ideologie und ihre Interpretation in Ungarn

Die Aufklärung ist eine Geistesströmung, die sich im 18. Jahrhundert zeigte und die einen der stärksten Effekte auf die Rechtswissenschaft hatte. Für dieses Referat sind die Ideen wichtig, die sich während der Geschichte der Strafrechtswissenschaft gezeigt und dadurch Diskussionen provoziert haben. Eine typische solche Frage ist die der Todesstrafe, die sich durch die Idee der Individualisierung und die größere Bedeutung der Freiheitsrechte plötzlich im Vordergrund befand. Die Rechtshistoriker sind der Meinung, dass die Aufklärung in der ungarischen Geschichte sowie in der Rechtsgeschichte ausblieb, und das war – unter anderem – die Folge der Verspätung der gesamtstaatlichen Entwicklung.<sup>5</sup>

Die Verspätung heißt, dass man in der ungarischen Geschichte – im Bezug auf die Besonderheiten – einen bedeutenden Rückstand im Vergleich zu den anderen, zeitgenössischen und vergleichbaren Ländern sehen kann. Dieser Rückstand war in den vergangenen tausend Jahren schon immer da, aber von Zeit zu Zeit erschienen neue Ansprüche – und manchmal auch realistische Möglichkeiten –, um sich diesen Ländern anzuschließen. So entstanden Reformpakete, die aber mit einem Sprung einige Entwicklungsphasen auslassen wollten, und die – deswegen – wechselnden Erfolg hatten. Es gibt nämlich Phasen, die man einfach nicht auslassen kann. Solche, quasi aggressiven Reformen waren auch die, die Joseph II. einführen wollte, und für die das Land noch nicht bereit war.

Doch der Rückstand in der Zeit war nicht das einzige, das Ungarn davon abhielt, sich den entwickelteren Ländern anzuschließen. Man kann durchaus etliche Verzerrungen in der ungarischen Geschichte entdecken, wo man nicht den traditionellen, ausgetretenen Weg gewählt hat. So ein typisches Ereignis waren die – für Ungarn sehr bestimmenden – 150 Jahren der türkischen Ära. Als Ende dieser Zeit kann man das Ende des 18. Jahrhunderts bezeichnen, und dadurch ist es einfacher zu verstehen, wieso den Ideen der Aufklärung geringeres Interesse entgegen gebracht wurde. Die Ungarn wollten ihr Land

<sup>5</sup> Mezey, 2003 S. 41-43

wiedervereinigen, ihre nationale Einheit zu Stande zu bringen, und ein gesundes Gleichgewicht zwischen den ungarischen und österreichischen Kräften erreichen. Doch Krisen wie z.B. die Hinrichtung der Teilnehmer des sog. Martinovics Aufstandes im Jahre 1795 haben „im öffentlichen Leben des Staates die feudalisierten politischen Tendenzen der Adligen vorgerufen, die wir Feudalnationalismus nennen“<sup>6</sup>, und das hat auf keine Weise zum Erfolg der Reformen beigetragen.

In Ungarn war also die Frage des Nationalstaates, die Suche nach dem nationalen Bewusstsein und der Gedanke der Unabhängigkeit seit mehreren Jahrzehnten vorhanden. Die Ideen der Aufklärung haben sich mit der Verbürgerlichung verbunden. Die Habsburger haben an diesen Bestrebungen nichts kritikwürdiges gefunden, so dass Ungarn mit kleinen Schritten und versteckten Reformen in Richtung seiner Unabhängigkeit vorankommen konnte. Wichtig ist aber, dass nur sehr wenige Menschen dazu befugt waren, die Politik des Landes zu bestimmen, und sogar sie haben ihr gesellschaftliches Leben mit dem der gleichgültigen Österreicher geteilt. Hier stellt sich ein Problem heraus, – das man zuerst bei der Auflösung der Bewegung von Martinovics und dann in den geheimpolizeilichen Akten der Gruppen der Freimaurer sieht, und es dann 1848 in Wirklichkeit erlebt – dass nämlich die tatsächliche Veränderung nur durch einen sich neu formulierenden gesellschaftlich-politischen Kreis erreicht werden kann. So kann man feststellen, dass die ungarische Interpretation der Aufklärung einerseits die Erscheinung der österreichischen absolutistischen und aufgeklärten, nach Ungarn gerichteten Zwangsmaßnahmen ist. Andererseits zeigt sie ein soziologisches Problem, nämlich dass in Ungarn die Bürger und Honoratioren-Intellektuelle so wenig Kraft hatten, um etwas zu unternehmen, dass nur der mittlere Adel und die Aristokraten blieben, um die traditionellen Ideen der Aufklärung mitzutragen. Sie konnten aber wegen ihrer eigenen gesellschaftlichen Grenzen keine wirkliche Veränderung erreichen.

### Der Kodifikationsprozess, seine Etappen und bedeutende Persönlichkeiten

Die oben erwähnte Verspätung ist auch bei der strafrechtlichen Kodifikation zu spüren. Das erste übergreifende strafrechtliche Werk, das auf die Arbeit der Glossatoren und Pragmatiker aus Bologna basierte – die *Constitutio Criminalis Carolina* – wurde 1532 herausgegeben, dennoch hat es mehr als zwei hundert Jahre, das Erscheinen mehrerer zusätzlicher Kodices und rechtswissenschaftliche Forschungen gebraucht, um den ungarischen Kodifikationsprozess langsam in Bewegung zu setzen.<sup>7</sup>

Die Begründung dieser Tatsache ist die spezielle politische Lage Ungarns. Die Habsburger Herrscher hatten kein Interesse an der Vereinheitlichung und

<sup>6</sup> Kosáry, Domonkos: A felvilágosodás Európában és Magyarországon (*Aufklärung in Europa und in Ungarn*). Budapest, Magyar Tudományos Akadémia Történettudományi Intézet, Országos Pályaválasztási Tanácsadó Intézet, 1987. S. 18

<sup>7</sup> Mezey, 1999. S. 270-272



Systematisierung des ungarischen Rechtssystems, denn in einer unklaren Lage war es viel einfacher, die Befolgung des österreichischen Modells durchzusetzen. Natürlich wäre ein solches modernes Gesetzbuch gegen die Verwirklichung des absolutistischen Impetus gewesen. Es ist aber ohne Zweifel ein Verdienst des aufgeklärten Absolutismus, dass man diese Kodices überhaupt zusammengestellt hat. Und wenn man die Lage objektiv betrachtet, muss man feststellen, dass eine solche Regulierung auch das Interesse einiger ungarischer Adliger beschränkt hätte. Deswegen ist es nicht wahr, dass der Mangel an Kodifikation ein Fehler der Habsburger war. Ganz im Gegenteil: sie haben ihre Kodifikationsentwicklungen mit den Ungarn geteilt, die sie aber aus verschiedenen Gründen nicht angenommen haben.

Um die ungarische Strafrechtsgeschichte verstehen zu können, muss man bis in das 14.-15. Jahrhundert – als sich das Ständewesen entfaltete und verfestigte – zurückblicken. Die Gesellschaftsklassen wurden anhand der Privilegien differenziert. Das bedeutete, dass die Rechtssprechung sich auch im ständischen Ungarn verdoppelte: es gab verschiedene Foren, Prozesse und Rechtsvorschriften für die Leibeigenen und die Adligen. Diese Entwicklung wurde von den Türken unterbrochen.

Am Anfang des 18. Jahrhunderts herrschte wieder Frieden im Land, und es konnte sich weiterentwickeln. Die Kodifikationsbewegung fing ungefähr zu dieser Zeit an. Wichtige Wissenschaftler dieser Zeit waren István Huszty, Mátyás Bodó und Gábor Gockhetz. Leopold I. (1657-1705) hatte schon 1687 Andeutungen zur Kodifikation und Systematisierung des Strafrechts gemacht. Die ungarische Führung hat seine Vorschläge aber nicht akzeptiert, und deswegen haben die Österreicher einen Trick versucht: sie haben das südösterreichische Gesetzbuch von 1656 ins Lateinische übersetzt, und haben es als *Praxis Criminalis* nach Ungarn geschickt. Die Teilnehmer der Landtagsitzung haben es mit nach Hause gebracht, und so haben die Mitarbeiter der Rechtssprechung es langsam angewendet. (Es wurde zum Teil des *Corpus Juris* und damit offiziell im Jahre 1694 anerkannt). Der Landtag hat den Gesetzentwurf des Rechtslehrers aus Tyrnau (Nagyszombat), Mihály Bencsik, 1712 verhandelt<sup>8</sup>: er wurde anerkannt, aber später doch nicht festgesetzt. Dieser Gesetzesantrag wurde dennoch später immer bei jedem neuen Kodifikationsversuch zitiert, da er sehr gründlich vorbereitet war und in Kommissionen besprochen wurde.

Es gibt Rechtshistoriker wie z. B. Lajos Hajdú, die den Gesetzentwurf von 1795 für den offiziellen Anfang des ungarischen Kodifikationsprozesses halten. Dieses Werk wurde vor dem Landtag verhandelt, aber schon zur Zeit seiner Anfertigung entsprach er nicht den Erwartungen der führenden Juristen. Er wurde im Jahre 1807 auch veröffentlicht und gedruckt, aber eine offizielle

---

<sup>8</sup> Mezey, 1999. S. 272-273

Stellungnahme hat dem Landtag geraten, ein neues Komitee zu gründen und den Kodifikationsprozess fortzuführen.<sup>9</sup>

Die ungarische Jakobinerbewegung versuchte, die Aufklärung in Ungarn zu verwirklichen. Ihr Leiter, Ignác Martinovics<sup>10</sup>, war ein widriger Mann in beiden Ländern; er war ein Spitzel des Königs, dann hat er sich ihm widersetzt und wurde zum Widerstandskämpfer. Als er aufflog, wollte er seine Treue beweisen und hat seine Mittäter verraten, und sie damit zur Tode verurteilt. Martinovics und seine Komplizen – die wegen ihrer Ideologie „ungarische Jakobiner“ hießen – waren dennoch sehr wichtig in der ungarischen Entwicklung, weil die Mitglieder dieser Bewegung hauptsächlich junge Intellektuelle waren, die Joseph II. unterstützten. Diese Gruppe hat internationale Gedanken eingeführt, aber durch ihren Tod sind auch diese Initiativen für einige Zeit gestorben.

Das Elaborat von 1827 wurde 1829 fertig, aber es blieb – wie so viele früher – nur ein Gesetzesantrag. Es regulierte die Übertretung in einem selbständigen Teil, in dieser Hinsicht war es das erste in der ungarischen Rechtsgeschichte<sup>11</sup>.

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften hat 1839 einen Wettbewerb ausgeschrieben. Sie wollten, dass die zeitgenössischen Wissenschaftler sich etwas Mühe geben und Gedanken formulieren. Die ungarische Wissenschaftlergesellschaft erwartete, dass die Bewerber einige Fragen beantworten wie z. B., was der Zweck der Strafe ist, welches Ziel die Bestrafung hat, was die Grundsätze der Bestrafung sind und ob es einen Sinn hat, die Todesstrafe zu verkünden; noch dazu wollte die Gesellschaft, dass die Kandidaten sich ein bisschen mit der nationalen Selbstachtung beschäftigen. Die wichtigsten und schlauesten Köpfe des Landes haben ihre Arbeiten geschickt, und obwohl dieser Wettbewerb nichts für den Kodifikationsprozess bewirken konnte, waren diese intellektuellen Werke sehr wichtig für die Wissenschaft.

Der nächste – und im Rahmen des genannten Zeitalters letzte – Punkt des Kodifikationsprozesses war der Gesetzantrag von 1843. Diese bedeutende Kodifikationsarbeit hat das Strafrecht, das Strafprozessrecht und das Strafvollzugsrecht in einem Kodex vereinigt.<sup>12</sup>

In der ungarischen Geschichte ist die Reformzeit ein bestimmender Begriff. Dieser Zeitraum zwischen 1825 und 1848 zeigt in den Landtagssitzungen durch eine Reihe von Reformen eine langsame Entwicklung. Die Krönung dieses Prozesses wäre ein erfolgreichlicher Freiheitskampf gewesen. Man weiß aus der Geschichte, dass diese Krone nicht aufgesetzt wurde, und die Niederlagen haben den Vorlauf der Reformen wieder für mehrere Jahrzehnte zurückgeworfen.

---

<sup>9</sup> Mezey, 1999. S. 273-274

<sup>10</sup> Vágvolgyi, 1945. S. 38-58

<sup>11</sup> Mezey, 1999. S. 274-275

<sup>12</sup> Mezey, 1999. S. 275-28



## Zusammenfassung

Die ungarische Geschichte ist sehr vielfältig. Sie enthält reichlich Ruhm und Niederlagen. Basierend auf den rechtsgeschichtlichen Forschungsergebnissen stößt man mit Sicherheit auf das Problem der Verspätung, aber die bedeutenden ungarischen Wissenschaftler haben auf geistiger Ebene immer Schritt mit den westlichen Denkern gehalten. Deswegen kann man die Gedanken Filangieris sehr oft in den zeitgenössischen Dokumenten finden: entweder zitiert oder neu erfunden. Einen allgemeinen Überblick der ungarischen Geschichte zu haben ist besonders wichtig, um über rechtswissenschaftliche Fragen sprechen zu können.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Judit Beke-Martos im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 25. April 2006 in Basel gehalten hat.*

# Auf den Spuren von Gaetano Filangieri in Ungarn

Zoltán Pafféri  
Eötvös-Loránd-Universität

Gaetano Filangieri (1752-1788) war in Ungarn in der Zeit der ungarischen Aufklärung, dann auch im Vormärz berühmt. Obwohl die Denker der Zeit auf Filangieri nur einige Hinweise ohne weitere Rezension hatten, zeigt die Tatsache, dass sein Name in den Werken auftauchte, und dass über seine Gedanken ohne weitere Erklärungen geschrieben wurde, dass er für wichtig gehalten wurde und über seine Tätigkeit ein klares Bild vorhanden war. Mit Recht erhebt sich also die Frage: wo konnten die Zeitgenossen die Werke von Gaetano Filangieri finden?

Die Forschungen begannen wir mit der Herumstöberei in den Lexika, in Bibliotheken und im Internet. Zur Wahrheit gehört es, dass Filangieri in unserer Heimat nicht so viele Spuren hinterliess: ausser den Arbeiten von Herrn Professoren Paolo Becchi und Kurt Seelmann<sup>1</sup> konnten wir in den Datenbanken sozusagen nichts finden. Nach solchen Vorgeschichten fing ich neugierig an, in den grösseren Bibliotheken nachzuforschen, um die zeitgenössischen Spuren Filangieris in Ungarn zu suchen.

## Filangieri in den Bibliotheken

Im 18-19. Jahrhundert kann man dreierlei Bibliothekstypen in Ungarn unterscheiden: die kirchlichen, die schulischen und die weltlichen Bibliotheken. In den weltliche Bibliotheken kann man ebenfalls drei Gruppen unterscheiden: die Universitätsbibliotheken, die von Wissenschaftlern errichteten Bibliotheken, und die Privatbibliotheken<sup>2</sup>. Die Grundtendenz war, dass der Bestand der kirchlichen Bibliotheken zu die Universitätsbibliotheken, die Schätze der Wissenschaftler- und Privatsammlungen zu den nach 1802 gegründeten weltlich-institutionellen Bibliotheken kamen.

Die aristokratischen Büchereien besaßen den abwechslungsreichsten und außergewöhnlichsten Bestand. Den Bibliophilen stand ein zweifaches Ziel vor Augen: einerseits: es wurden die Dokumente gesammelt, die von ungarischen

<sup>1</sup> Becchi, Paolo – Seelmann, Kurt: Gaetano Filangieri és az európai felvilágosodás (*Gaetano Filangieri und die europäische Aufklärung*). Budapest, Gondolat, 2005.

<sup>2</sup> Madas, Edit – Monok, István: A könyvkultúra Magyarországon (*Buchkultur in Ungarn*). Budapest, Balassi, 2003. S. 175



Autoren stammten, oder Informationen über Ungarn enthielten, andererseits sollten die Dokumente die Untersuchung der modernen europäischen Geistesströmungen ermöglichen<sup>3</sup>. Leider wurden nur in einem Bruchteil dieser Bibliotheken Kataloge gefertigt, und es erschwerte die Arbeit des Forschers auch weiter, dass die Daten derzeit durch die ungarischen Bibliotheksgeschichtsforschungen erst bis 1750 bearbeitet sind.

Nach Filangieri forschte ich in den fünf grossen Bibliotheken. In der 1802 auf der Privatbibliothek des Grafen Ferenc Széchényi errichteten National Széchényi Bibliothek, die heute die Nationalbibliothek Ungarns ist und mehr als acht Millionen Bände besitzt; in der 1635 gegründeten Eötvös-Loránd-Universitätsbibliothek, die heutzutage einen Bestand von 3,6 Millionen Bänden hat; in der 1826 von dem in Basel studierten Graf József Teleki errichteten Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; in der Bibliothek des Ungarischen Parlaments, die die grösste Rechtssammlung Ungarns hat, und in der 1904 errichteten Hauptstädtischen Bibliothek, die 3,5 Millionen Bände besitzt.

Auf die Suche musste man im Münchner Katalog gehen, weil die meisten Werke weder in den Computerdatenbanken, noch in den traditionellen Zettelkatalogen auffindbar waren. Im Münchner Katalog wurde der zwischen 1601 und 1926 in Handschrift beschaffte Bestand bearbeitet, dessen größter Teil auch heute noch nicht elektronisch erfasst ist.

In der Nationalbibliothek entdeckte ich vier Werke Filangieris: zum einen *La scienza della legislazione*, gedruckt zwischen 1782 und 1791. Das ist ein Werk<sup>4</sup> mit acht Bänden in italienischer Sprache und wurde in Venedig verlegt. Desweiteren Entdeckte ich noch *La science de la législation* in fünf Bänden, herausgegeben in Paris zwischen 1786-1788<sup>5</sup>. Es stammt aus der Bibliothek von Graf Pál Almássy, und kam im Jahre 1914 zur Bibliothek. Und der letzte Entdeckung waren zwei Editionen aus dem *System der Gesetzgebung*, aus dem Jahr 1794, herausgegeben in Frankfurt-Leipzig. Eines dieser Werke<sup>6</sup> war im Eigentum der kronstädter Familie Miller, wie sich aus dem Exlibris ergibt, und kam dann aus dem Nachlass von Graf Ferenc Széchényi zur Bibliothek und besteht aus neun Bänden. Das andere<sup>7</sup> besteht nach dem Katalog aus fünfzig Bänden, davon kann man aber nur acht finden, und es stammt aus der Bibliothek von Ferenc Kölcsey<sup>8</sup>, von dort kam es 1867 in die Nationalbibliothek. Die Besonderheit dieses Buches ist, dass es auf der ersten Seite eine Handschrift gibt, in der Filangieris Lebenslauf aufgeschrieben ist.

<sup>3</sup> ebd.: S. 194.

<sup>4</sup> OSZK Pol. G 722. ca.

<sup>5</sup> OSZK Jur. Is. 630. a.

<sup>6</sup> OSZK Pol. G. 722. c.

<sup>7</sup> OSZK Pol. G. 722. d.

<sup>8</sup> Ferenc Kölcsey (1790-1839) Leiter des Unterhausoppositiones im 1832-36, Verfasser des Textes der ungarischen Nationalhymne.

Die Eötvös-Loránd-Universitätsbibliothek versteckt fünf Filangieri-Schätze: *Delle leggi politiche sol economiche*<sup>9</sup> von 1804, *La scienza della legislazione*<sup>10</sup> von 1807 in fünfbändiger Form, ein zwischen 1784 und 1793 herausgegebenes *System der Gesetzgebung*<sup>11</sup> in acht Bänden, sowie eine achtbändige Ausgabe desselben Werkes von 1794<sup>12</sup>, und die 1794 verlegte Arbeit von Donato Tommasi mit dem Titel *Gedächtnisschrift für den Ritter Gaetano Filangieri*<sup>13</sup>.

Die Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften kann nur auf einen 1991 in Neapel herausgegebenen, um eine Abhandlung von Renato Bruschi und Saviero Ricci erweiterten Katalog der Ausstellung mit dem Titel *Gaetano Filangieri: lo Stato secondo ragione*<sup>14</sup> stolz sein.

In der Bibliothek des Ungarischen Parlaments kann man eine deutschsprachige, in Frankfurt Leipzig herausgegebene Auflage des *Systems der Gesetzgebung*<sup>15</sup> finden.

In der Hauptstädtischen Bibliothek sind eine zwischen 1786 und 1791 in fünf Bänden, in Paris verlegte Auflage mit dem Titel: *La science de la legislation*<sup>16</sup> (Pariser Herausgabe in sieben Bänden auffindbar), der letzte Band kam 1850 zur Bibliothek, eine Frankfurt-Leipziger Ausgabe des *Systems der Gesetzgebung*<sup>17</sup> von 1794 in acht Bänden zu finden.

Nach dieser repräsentativen Forschung – denn darauf kann man sich ja gewiss stützen, der grosse Teil der Privatbüchereien und fast alle kirchlichen und weltlichen Sammlungen kamen den genannten signifikanten Bibliotheken zu – können wir feststellen, dass die Arbeiten Gaetano Filangieris im Original zuerst in den Privat-, und dann in den öffentlichen Bibliotheken auffindbar waren, diese konnten die Wissenschaftler und Forscher der Aufklärung (z. B. der Bibliothekar von Ferenc Széchényi war der Jakobiner József Hajnóczy<sup>18</sup>) oder des Vormärzes leicht einsehen, sie kannten und lasen diese.

### Filangieri in den Lexika und Handbüchern

Wenn jemand heutzutage nach Filangieri zu forschen anfangen würde, könnte ihm auch bei einem oberflächlichem Bekanntwerden nicht entgehen, die alten Sammelwerke zur Hand zu nehmen: aus den dreizehn von mir untersuchten berühmten ungarischsprachigen Lexika und Handbüchern sind nur vier zu finden, die zwischen 1880 und 1913 verlegen wurde und etwas zu

<sup>9</sup> ELTE EK 450766

<sup>10</sup> ELTE EK CA 1626

<sup>11</sup> ELTE EK CA 463

<sup>12</sup> ELTE EK BA 5000

<sup>13</sup> ELTE EK GC 1558

<sup>14</sup> MTA 06964

<sup>15</sup> OGYK B3-497/1-8

<sup>16</sup> FSZEK 17309/1-7

<sup>17</sup> FSZEK 91711/1-8

<sup>18</sup> Madas Edit – Monok István: *A könyvkultúra Magyarországon (Buchkultur in Ungarn)*. Budapest, Balassi, 2003. S. 194



Filangeri enthalten. Zu den Filangeri nicht erwähnenden Lexika gehören Britannica Hungarica, die ungarische Auflagen des Cambridge Lexikons, das Ungarisches Larousse und auch die in Ungarn vor allem populären, von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Lexika.

Das Ungarische Rechtslexikon aus 1900 titulierte Filangeri als einen erstklassigen staatsrechtlichen Autor und betont seinen Liberalismus und die Befolgung von Montesquieu<sup>19</sup>.

Das Ungarische Lexikon „Rautmann“ führt die zeitgenössischen Reformen im Jahre 1880, seine praktische Rolle in Bezug auf Tanucci und die Anklage des Klerus an<sup>20</sup>.

Das Grosse Lexikon von Pallas erwähnt auch die Reformen von Tanucci, den Acton-Anschlag und zählt ihn zu den Anhängern der Abschreckungstheorie nach Tommasi und Bianchetti in der Edition<sup>21</sup> aus dem Jahre 1894.

Das Grosslexikon von Révai ist am jüngsten: im Jahre 1913 wiederholt es die Beschreibung von Pallas fast Wort für Wort<sup>22</sup>.

### Filangeri im Internet

Die erste und verbreitetste Suchart ist das Durchsuchen der Internetdatenbanken. Ich suchte Filangeri auf den ungarischen Seiten und den ungarischsprachigen Seiten. Die Google-Suchmaschine gibt unter Filangeri-Suchwort drei Ergebnisse aus: in einer Abhandlung über die Universitätsgeschichte wird der Autor Hegel<sup>23</sup> erwähnt, der in „Briefen zu Beförderung der Humanität“ Filangeri erwähnt; dann wird die ungarische Übersetzung des Buches der Professoren Becchi und Seelmann im Katalog der Nationalbibliothek hervorgebracht, und eine Einladung zur Vorstellung der Erstausgabe dieses Buches war noch auf der Seite der Eötvös-Loránd-Universität. Mit der Erweiterung der Suche sind auch andere Daten erreichbar, aber zu nützlicheren oder zu mehr Informationen können wir nicht kommen.

### Zusammenfassung

Auf dieser Grundlage können wir sehen, dass man Gaetano Filangeri im zeitgenössischen Ungarn für einen der bedeutendsten Rechtswissenschaftler hielt<sup>24</sup>, man findet seine Bücher in deutscher, italienischer und französischer Sprache in den Privat- und in den öffentlichen Bibliotheken in den Regalen, er war also für die Interessenten erreichbar. Aufgrund der Forschungen der

<sup>19</sup> Magyar Jogi Lexikon (*Ungarisches Rechtslexikon*). Budapest, Pallas, 1900. Band III S. 637-638

<sup>20</sup> Rautmann Magyar Lexikon (*Rautmann Ungarisches Lexikon*). Budapest, Rautmann, 1880. Band VII. S. 511

<sup>21</sup> A Pallas Nagy Lexikona (*Das große Lexikon von Pallas*). Budapest, Pallas, 1894. Band VII.

<sup>22</sup> Révai Nagy Lexikon (*Das große Lexikon von Révai*). Budapest, Révai, 1913. Band VII. S. 492

<sup>23</sup> <http://www.fil.hu/tudrend/Tv/egy-ko/redi.htm> [Redl, Károly: Az európai egyetem funkcióváltozásai (*Die Funktionsänderungen der europäischen Universitäten*) In: Tóth Tamás: Az európai egyetem funkcióváltozásai. Budapest, Professzorok Háza, 2001]]

<sup>24</sup> Magyar Jogi Lexikon (*Ungarisches Rechtslexikon*). Budapest, Pallas, 1900. Band III. S. 638

Gruppe, mit Rücksicht auf die Zahlen der Verweise, müssen wir jedoch feststellen, dass Filangieri im 20. Jahrhundert auf die ungarische Rechtslehre schon keinen bedeutenden Einfluss mehr hatte, sein Gesamtwerk wurde vergessen.

Im heutigen Ungarn sind die Filangieri-Bücher nur im Original zu finden, die sich anschliessende Fachliteratur ist sehr gering. Aufgrund dieser Tatsache wurde die Monographie der Professoren Paolo Becchi und Kurt Seelmann auch ins Ungarische übersetzt, und mit unseren Forschungen, die Spur von Gaetano Filangieri suchend, versuchten auch wir, auf die Wichtigkeit seiner Tätigkeit aufmerksam zu machen.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Zoltán Pafféri im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 25. April 2006 in Basel gehalten hat.*



# Die Wirkung Filangieris auf den Strafkodex- Antrag von 1795

Dorothea Csoór  
Eötvös-Loránd-Universität

Die Philosophen der Aufklärung unterzogen alle bis dahin als konstant geglaubten Werte – die Religion, den Staat, das Recht – einer strengen Überprüfung im Zeichen der Ratio. Die für die Ausformungen der Gesellschaft gegebenen scholastischen Erklärungen verloren ihre Gültigkeit. Es begann ein Kampf für die Herrschaft der Vernunft. Ein Hauptgebiet des Kampfs war das Recht, insbesondere das Strafrecht. Die Doktrin der Aufklärung erschien in Ungarn sehr schnell: anfangs im aufgeklärten Absolutismus Joseph II. (1780-1790), später in den aufgeklärten Bestrebungen der ungarischen Stände, die aber eigennützig waren, da sie sich auf die Verstärkung ihres eigenen Vorrechts richteten. aber der große Teil der Gedanken der Aufklärung konnte erst im 19. Jahrhundert im Rahmen der sich ausbildenden bürgerlichen Gesellschaft zur Geltung kommen.

## Die Gedanken der Aufklärung

Cesare Beccaria (1738-1794) und dann etwa zwanzig Jahre später Gaetano Filangieri (1752-1788) verfassten die umfassende Kritik des vollständigen feudalen Strafrechts. Die Schrift mit der größten Wirkung von Filangieri ist das „System der Gesetzgebung“, die sich mit den Fragen der Strafjustiz, des Strafprozesses und der Gesetzgebung umfassend beschäftigt. Er systematisierte die strafrechtlichen Gedanken der Aufklärung in seinen Werken.

Die sozialen, historischen und weltanschaulichen Unterschiede ergaben notwendigerweise Deviationen zwischen den Ansichten der Aufklärung, sie hatten aber auch den gleichen Standpunkt in bestimmten Fragen. Ungarische Leute lasen die Schriften von Montesquieu und der italienischen Verfasser mit Vorliebe, und mehrere wurden übersetzt. Die zeitgenössische Erscheinungsform der ungarischen Aufklärung war das Flugblatt und die öffentliche Rede, und erst danach entstanden viele wissenschaftliche Arbeiten.

## Grundsätze

Die Aufklärer kritisierten das feudale Strafrechtssystem einheitlich. In den Schriften von Beccaria und auch Montesquieu ist das Verhindern des

Verbrechens ein wichtigeres Ziel als die Strafe. Die Meinungen stimmen darin überein, dass das Gesetz klar und verständlich sein muss. Es ist nicht erlaubt, dass die allein Verstehenden nur einer engen Intelligenzschicht angehören. Sie schrieben der Erziehung eine außerordentliche Bedeutung zu, während derer man die Kinder das tugendreiche Leben schon ab der Kinderzeit konsequent lehrt. Später versuchten sie die Erwachsenen mit der Hilfe der Presse, der Kirche und anderer äußerer Einwirkungen auf dem richtigen Weg zu halten.

Neben der Erziehung wurde die Nationalsprache bedeutend unter den Bestrebungen der ungarischen Aufklärung, weil die offizielle Sprache Ungarns bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Latein war. György Bessenyei<sup>1</sup> (1747?-1811), einer der hervorstechenden ungarischen Repräsentanten der Aufklärung, war eine der Führungspersonen des Kampfs für die Muttersprache. József Hajnóczy (1750-1795), der hervorragende Jurist des zeitgenössischen Ungarn, beanstandete die Lage der Erziehung in einer seiner Schriften: „es ist keine nationale Erziehung, wenn die Mehrheit des Volks von der privilegierten Nation ausgeschlossen ist“.

„Das Endziel der Gerichtigkeit kann kein anderes sein, als das Zurückhalten des Verbrechens von der weiteren Beunruhigung der Gesellschaft, und das Zurückhalten von anderen Leuten von der Begehung“<sup>2</sup>. Also muss die Strafe nicht mehr repressiv, sondern präventiv sein. Aber wie der gute Arzt strebt, die Krankheit, so strebt die Macht das Verbrechen zu verhüten, aber wenn es erfolgt, darf man es nur in solchem Maß strafen, „soviel es für das Heilen der Krankheit unbedingt notwendig ist“<sup>3</sup>.

## Strafen

In der Verwendbarkeit der Strafarten bildeten sich verschiedene Meinungen über die Wirksamkeit der Todesstrafe aus, über die die Auseinandersetzung bis auf den heutigen Tag andauert. Der ungarische Standpunkt in dieser Frage, die von Antal Szirmay dargestellt wird, ist, dass wenn die Gesellschaft das Interesse ihrer Bürger auf andere Weise nicht beschützen kann, kann die Todesstrafe angewendet werden.<sup>4</sup> Die Körperstrafe wurde mit großer Begeisterung begrüßt. Diese Strafe konnte bisher nur für das Strafen der unedelen Leute verwendet werden, aber laut Filangieri „sind die edelen und unedelen Leute gleich verbrecherisch, wenn sie die Gerechtigkeit verletzen, sie müssen in gleicher Weise strafbar sein.“

<sup>1</sup> György Bessenyei versuchte erstmal die Akademie der Wissenschaften mit der Benennung „Hazafiúi Magyar Társaság“ (Patriotische Ungarische Gesellschaft) ins Leben zu rufen, aber dieser Versuch blieb erfolglos. Von seinem Werk „Ágis tragédiája“ (Tragödie des Ágis) an wurde die ungarische Aufklärung gerechnet.

<sup>2</sup> Hajdú, Lajos: Az első (1795-ös) magyar büntetőkódex-tervezet (Das erste ungarische Strafkodex-Antrag). Budapest, Közigazgatási és Jogi Könyvkiadó, 1971. S. 149

<sup>3</sup> Günther, Louis: Die Strafrechtsreform im Aufklärungszeitalter. Archiv für Kriminalanthropologie, 1907. S. 139

<sup>4</sup> Hajdú, Lajos: Az első (1795-ös) magyar büntetőkódex-tervezet (Das erste ungarische Strafkodex-Antrag). Budapest, Közigazgatási és Jogi Könyvkiadó, 1971. S. 102.



Gegenüber den beschämenden Strafen sind die Meinungen schon stärker divergierend: einige Leute verurteilen es, andere Leute, wie Filangieri, halten es für ein effektives Regelungsmittel, weil für die Leute nicht nur die über den Körper verhängten Strafen Schmerzen bereiten, sondern auch die, die sich gegen ihre Ehre richten. Bei der Verwendung dieser Strafart muss man aber einige Grundregeln berücksichtigen, nach denen bei gewissen Gesellschaftsschichten bestimmte beschämende Strafen verwendet werden können. Wenn dem Adligen seinen Titel aberkannt wird, erlebt er es viel schwerer, als wenn gegen ihn eine andere Strafe verwendet würde<sup>5</sup>. Szirmay ist einverstanden darin, dass gegen die Adligen verschiedene Strafen verwendet werden müssen, aber seiner Meinung nach rotten „die entehrenden Strafen“ das Ehregefühl der Leute aus.

Sie halten die Verbannung aus dem Land auch nicht für eine zu verwendende Strafe, aber die Ansiedlung an einen Zwangswohnsitz kann eine Lösung in einem solchen Fall sein, wenn der persönliche Konflikt das Verbrechen auslöst<sup>6</sup>.

Sie sind auch skeptisch gegenüber der Vermögenskonfiskation, weil in diesem Fall die Strafe auch Unschuldige bestraft, in dieser Frage sind Filangieri und auch Beccaria einer Meinung. Gleichzeitig beleidigt es nach dem aufgeklärten Juristen, József Reviczky, die natürliche Billigkeit, wenn der Gesetzgeber auch auf solche Leuten die Strafe erweitert, die an der Begehung unschuldig sind.<sup>7</sup> Filangieri arbeitete Grundsätze für die Verwendbarkeit der Geldstrafe aus, erstens sollte sie nur verwendet werden als Strafe für solche Täter, die das Verbrechen aus Gewinnsucht begehen, zweitens müsste die Strafe als Anteil des Vermögens des Verbrechers bestimmt, dazu würde der Richter befugt sein.

Im Auge der Verfasser der Aufklärung erscheint die Freiheitsstrafe als die am allermeisten zweckmäßige und anwendbare Strafe. Während dieser Zeit gibt es die Möglichkeit für die Erziehung, Unterweisung, Verbesserung des Verurteilten, der Verurteilte kann sich an der Steigerung der Nationalwirtschaft beteiligen und sie ist geeignet, an dem Gewicht des Verbrechens ausgerichtet zu werden. Die ungarischen Aufklärer sind in diesem Punkt der gleichen Auffassung, aber in Ungarn gibt es am Ende des 18. Jahrhunderts nur Komitats- und Stadtgefängnisse, wo die Verbrecher schwerer Straftaten zusammen mit den Übertretern von Verwaltungsregeln sind. Maria Theresia (1740-1780) errichtete die erste moderne Strafvollstreckungsinstitution in 1772 in Szempe.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Filangieri, 1813., T. IV. S. 45-46. In: Hajdú, S. 156-157

<sup>6</sup> Filangieri, 1813. T. IV.: S. 63-65. In: Hajdú, S. 158

<sup>7</sup> Hajdú, S. 103

<sup>8</sup> Graf Ferenc Esterházy, der Rat Maria Theresias bietet in 1770 Grundstück und Gebäude an, um ein Landeszuchthaus zu gründen. Dieses erste Zuchthaus war eine Mischung aus heutigem Gefängnis, Werkhaus (Arbeitshaus) und Besserungsanstalt. Zum Thema noch: Kabódi, Csaba – Lőrincz, József – Mezey, Barna: Bűntudományi alapfogalmak (Grunddefinitionen der Strafrecht). Budapest, Rejtjel, 2005. S. 127

Von den sich auf das Verbrechen und die Bestrafung beziehenden Lehren des Juristen aus Neapel hatten die folgenden Gedanken die stärkste Wirkung auf die Entwicklung des ungarischen Strafrechts:

1) Wenn die Gesetze die Äußerungsform des Gesellschaftsvertrags sind, ist die Verletzung aller Gesetze auch zugleich das Brechen des Gesellschaftsvertrags. Wenn das Wesentliche des Gesellschaftsvertrags eine Verbindlichkeit gegen die Gesellschaft ist, dann muß der notwendige Verlust eines Rechts als eine Sanktion dem Brechen des Vertrags folgen. Das bestimmt das Gewicht des Verbrechens, was für ein Gewicht der verletzte Vertrag in dem Verhalten des Staates hat.

2) Nachdem die Gefährdung der Rechte und die Gefahr der Verbrechen für die Gesellschaft nicht gleich sind, so ist rechtmäßig, dass, wer Verbrechen mit kleinerem Gewicht begeht, nur sein mit dem geringfügig verletzten Vertrag gleichwertiges kleineres Recht verlieren soll.

3) Der Strafgesetzgeber muss den Glauben, die Moral und Weltanschauung des Volkes berücksichtigen, weil die Auswirkung der Todesstrafe dort ganz anders ist, wo Leute an Seelenwanderung glauben.

4) Mit der Vervollkommenheit der Gesellschaft und des Staates wächst der absolute Wert der Rechte ständig und der Reiz der Verbrechensbegehung nimmt immer ab, so dass die Stränge der Strafen ohne Gefahr gelindert werden kann.

5) Die Begehung der Tat ist strafbar, wenn die Tat die Folge des freien Willens des Verbrechens ist. Wenn der freie Wille des Verbrechens auf irgendeine Weise fehlt, so ist die Begehung kein Verbrechen (!).

6) Der Staat bestraft die Gedanken nicht, nur die Straftat, und nur dann, wenn der Wille des Täters, der sich auf das Begehen der durch Gesetz verbotenen Tat richtet, klar und vorher erkennbar ist.

7) Die weitestgehenden Folgerungen Filangieris im Zusammenhang mit der Strafe:

- Auf jeden Fall muss die Strafe zur Straftat proportional sein
- Sie muss den geringstmöglichen physischen Schmerz im Täter auslösen
- Sie muss ihn und die anderen Glieder der Gesellschaft von der Begehung des Verbrechens bestmöglich fern halten

Die bedeutende Konzeption Filangieris ist die Zurechnungsdoktrin. Das Wesen der Doktrin ist, dass nur der ein Verbrechen begeht, der dies aus eigenem Antrieb tut. So wer unfähig ist, einen Willensentschluss zu treffen, kann kein Subjekt eines Verbrechens sein. Mátyás Bodó, ungarischer Jurist, ist auch dieser Meinung, nach ihm „kann die physische Person ohne Willensfähigkeit nicht das Subjekt eines Verbrechens sein.“



Die Aufklärung unterzog nicht nur die Grundsätze und das materielle Strafrecht, sondern auch die strafprozessrechtlichen Institutionen im Bereich der Untersuchung einer Revision. Die Philosophen der Aufklärung hielten die Fehler des Prozessrechts für gefährlicher, als die der materiellen Rechte, weil das vollständige Fehlen prozessualer Garantien dazu führen kann, dass auch ehrliche Bürger dem eigenmächtigen Prozess zum Opfer fallen. Nach dem Standpunkt Filangieris<sup>9</sup> müssen die Gesetze den Bürgern Schutz und Garantie gegen die rechtswidrige Blossstellung bieten. Die Festsetzung eines der Kriterien des rechtmäßigen Prozesses ist auch das Verdienst des neapolitanischen Juristen: man muss dem Verdächtigen die Klage sofort mitteilen.<sup>10</sup> Das Prinzip bindet weiter an die Eröffnung des Prozesses, dass sich die Justiz nicht auf anonyme Anzeige oder Angabe berufen kann. Es ist eine weitere Anforderung, dass die Kriterien der Eröffnung des Prozesses vom Gesetz bestimmt werden müssen.

In Zusammenhang mit der Stellung der im Prozess auftretenden Personen muss nach den Aufklärern die relative Waffengleichheit zurückstehen und die relative untergeordnete Position des Angeklagten behoben werden. Im Zusammenhang mit dem Richteramt ist es unzulässig, die Situation des Beklagten zum Gegenstand von Kaufverträgen über Privateigentum zu machen, die Anordnung über das Leben der Person kann aber zum Gegenstand der Verhandlung werden. Um dem Eindruck entgegenzutreten, parteisch zu sein, müssen die Richter unabhängig sein, und muss das laienhafte Element in die Rechtsprechung als effektive Garantie dieser Grundsätze einbezogen werden.

Die im Laufe des Beweisverfahrens angewendete Folter ist überflüssig, unrechtlich und auch schädlich, sogar auch rechtswidrig, weil niemand im Gericht dazu gezwungen werden kann, sich als schuldig zu bekennen, und mit diesem Geständnis seine Stellung zu schädigen.<sup>11</sup> Darüber lief eine Auseinandersetzung in Ungarn, ein Teil der rechtskundigen Intelligenz der Zeit hielt es für nützlich und zweckentsprechend, der andere Teil hielt es aber für grausam und für die Aufklärung der Wahrheit für ungeeignet.

Die Verteidigung bekommt eine Sonderstellung: der Angeklagte kann seinen Verteidiger frei wählen. Diese Bestrebung berührt hauptsächlich die Verteidigung der unedelen Leute in Ungarn, weil sie nach dem feudalen Recht nur ein sehr begrenztes Recht zur Verteidigung haben. Bei der Frage der Apellation teilen sich die Standpunkte: Filangieri ist dagegen, seiner Meinung nach machen die rechtlichen Garantien des Prozesses die Institution der Berufung überflüssig. Die Hauptbegründung ist, dass zu viel Zeit zwischen dem

<sup>9</sup> Filangieri, 1813. T. III. S. 3-4. In: Hajdú, S. 206

<sup>10</sup> Filangieri, 1813. T. III. S. 27-32. In: Hajdú, S. 207

<sup>11</sup> Filangieri, 1813. T. III. S. 127-129. In: Hajdú, S. 211

Verbrechen und der Strafe vergehe, und deswegen das Ziel der Strafe vereitelt werde.

## Der Begriff des Kodex

Seit der Zeit der Aufklärung verstehen die Juristen solche Rechtsordnung unter dem Begriff des Kodex, die die Anordnungen des Rechtes umfassend, systematisiert und mit dem Anspruch der Ganzheit enthält. Nach der Meinung der Aufklärer verlangt die Verteidigung der menschlichen Freiheit, dass der Tätigkeit des Einzelnen nur das Gesetz Grenzen setzen kann. Das Gesetz muss für allen gleich sein, deshalb müssen die Gesetze über das gleiche Recht im Kodex zusammengefasst werden. Es kann keine anderen Vorschriften geben, die von dem Gesetz abweichen und neben dem Gesetz parallel zur Geltung kommen.

Die Umsetzung der Doktrinen der Aufklärung in den strafrechtlichen Regelungen (Kodex Joseph II.)

Der Kodex Joseph II., die „*Sanctio Criminalis Josephina*“, wurde in 1787 veröffentlicht, er wurde von der Idee der Aufklärung beeinflusst. Der Kodex trat auch in Ungarn in Kraft. Die kühnste Reform des Gesetzes war die Abschaffung der Todesstrafe, die Begründung können wir in den Schriften der Philosophen der Aufklärung, hauptsächlich in den Schriften von Sonnenfels und Beccaria, finden.

Neben der Abschaffung der Todesstrafe enthält das Gesetz viele Neuerungen. Auch in diesen kann man die Standpunkte der Gelehrten der Aufklärung erkennen. Ein wichtiger Punkt dieser neuen Rechtsordnung ist, dass „die Schuld immer von der Bosheit des Verbrechens abgemessen werden muss, und nicht von Zustand und Umstand“<sup>12</sup>. Dies gründet sich auf eine der Thesen Filangieris, wonach: „man strengere Strafe ertragen muss, wenn die Tat von größerer Bosheit des Herzens zeugt.“<sup>13</sup> Es ist auch das Motiv der Aufklärung, dass sie die verschiedenen Fälle der Verletzung der göttlichen Hoheit nicht für ein Verbrechen hält.

Der unstrittige Verdienst des Kodex ist seine umfassende Art, sein Aufbau und seine ihr Entstehungsalter überragenden Reformregelungen. Er konnte wegen seiner Neuheiten, seiner der Zeit vorausgehender Geistigkeit und seiner Verordnungseigenart zum Hauptzielpunkt des Angriffs der ungarischen Stände werden. Wegen der Angriffe war Joseph II. gezwungen, vor seinem Tod sämtliche Reformanordnungen zu widerrufen.

<sup>12</sup> *Sanctio Criminalis Josephina* § 6

<sup>13</sup> Filangieri, Gaetano: *La scienza della legislazione*. Neapel. 1780-1788. Deutsche Übersetzung: *System der Gesetzgebung*. Übersetzer: K. Link. Schriftleiter: J. Ch. Siebenkees. Anspach, 1784-1793. Band IV, Seite 277. (Die Seite- und Bundnummer stammt aus der deutschen Übersetzung) In: Becchi, Paolo – Seelmann, Kurt: *Gaetano Filangieri és az európai fevilágosodás (Gaetano Filangieri und die europäische Aufklärung)*. Budapest, Gondolat, 2005. S. 54



Die großartigen Schriften Filangieris wurden in der Geschichte des ungarischen Strafrechts oft angeführt, und seine Ansichten wurden oft benutzt. Die Grundsätze und die Teile der Straflehre der ungarischen Strafkodices gründen sich größtenteils auf diese Schriften – vom Kodex Joseph II. über den Entwurf des Strafkodex von 1795 bis zur Gesetzgebung im 19. Jahrhundert. Die Schriften des italienischen Juristen sind umfangreich und umfassend. Nicht alle seine Gedanken wurden in der ungarischen Regelung durchgesetzt, nur die für die zeitgenössischen Ansprüche der Gesetzgebung entsprechenden Teile wurden in den verschiedenen Prozesse der Gesetzgebung angewendet.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Dorothea Csoór im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 25. April 2006 in Basel gehalten hat.*

# **Die ungarischen Jakobiner” – die öffentlich-rechtlichen Gedanken von József Hajnóczy mit besonderer Berücksichtigung der Wirkungen Filangieris**

**Judit Lenkovics**  
Eötvös-Loránd-Universität

Der ungarische Feudalismus stützte sich auf das System der fremdherrschaftlichen Unterdrückung durch die Habsburger und auf das System der heimischen Orden. Diese zwei Systeme sind im Laufe der Jahrhunderte fast untrennbar ineinander verschmolzen. Ende des 18. Jahrhunderts zeigte dieser Feudalismus schon Zeichen der Krise. Der erschütterte Staatskomplex stand 1789 wegen der Französischen Revolution vor noch größere Schwierigkeiten. Die ideellen Wirkungen dieser Revolution, die in ganz Europa zu finden waren, haben die Grundlagen des feudalen Systems beträchtlich angegriffen. Die Spannungen wegen der zehnjährigen Willkürherrschaft und danach wegen den Schwierigkeiten des Kriegs führten schließlich zu revolutionären Bewegungen – sogar in den Ländern des Habsburger-Reiches.

Aufgrund aufklärerischer Ideen und naturrechtlicher Prinzipien haben sich unterschiedliche Kreise und Logen entwickelt. Die Pläne dieser Klubs bzw. die französischen und polnischen Erfolge haben Ignác Martinovics (1755-1795) auf den Gedanken gebracht, einen Aufstand in Ungarn zu organisieren und die eigene politische Karriere als Anführer dieses Aufstandes fortzusetzen. Er wollte diese Verschwörung mit einer komplizierten Methode verwirklichen: Er hat zwei Organisationen ins Leben gerufen. Die „Gesellschaft der Reformer“ hätte die adelige Opposition vereinen sollen, die „Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit“ demgegenüber die intellektuellen Demokraten. Jene Demokraten waren Anhänger des Fortschritts im Sinne der französischen Jakobiner und träumten von einer bürgerlichen Veränderung. Eigentlich können wir nur die Mitglieder der letzteren „Jakobiner“ nennen, obwohl auch ihre Prinzipien nicht gleichermaßen radikal waren.<sup>1</sup>

Das Programm der Reformer spiegelt die patriotischen Bestrebungen wieder. Ihr Ziel war das Erringen und die Sicherung der nationalen Freiheit durch bestimmte maßvolle Reformen. Die Gesellschaft der Jakobiner – über deren Existenz die Reformer nichts wissen durften – sollte die bürgerliche

---

<sup>1</sup> Boreczky, Beatrix: A magyar jakobinusok (*Die ungarischen Jakobiner*). Budapest, Gondolat, 1977. S. 140-141



Entwicklung in einem schon nationalen Staat sichern, indem sie die Adeligen auf die Seite schöben.<sup>2</sup>

Die beiden Gesellschaften hatten nach der Meinung Martinovics dasselbe Ziel. Sie waren folgendermaßen organisiert: Im Mittelpunkt beider Gesellschaften stand die gleiche Person und den Mitgliedern war Stillschweigen auferlegt. Vor der Aufnahme wurde von den Mitgliedern gefordert, einen guten moralischen Charakter und eine gesunde menschliche Vernunft zu haben, weiterhin, dass sie zwei weitere Mitglieder für die Gesellschaft gewönnen, unter der Bedingung, dass keiner der beiden wissen dürfe, wer den Anderen aufgenommen habe. Dies hatte folgendes Ziel: Falls die Gesellschaft entdeckt würde, sollte es nicht möglich sein, zwei Zeugen gegen den Aufnehmenden zu stellen. Nach der Ablegung des Eides diktierte das aufnehmende Mitglied den Kathechismus der Gesellschaft, den das neue Mitglied lernen musste.<sup>3</sup> Die Vorstellung des staffelförmigen Aufbaus stammte aus den freimaurerischen Gesellschaften, und der Aufstand sollte dann anfangen, wenn die Mitgliederzahl zweitausend Person erreichte.

Die Grundsätze dieser zwei Gesellschaften hat Ignác Martinovics in zwei Kathechismen erarbeitet. Der Kathechismus der Reformer richtete sich in vollem Maße nach den Ansichten des ländlichen Adelstandes. Ihr Ziel war die völlige Trennung von den Habsburgern und die unabhängige Republik. In diesem Grundsatzprogramm beschwerten sie sich über nationale Ungerechtigkeiten wegen der kolonialen Lage des Landes, über „die gefährliche Regierung des österreichischen Hauses“ und zeigten die Beschwerden der Gegenwart durch die Vergangenheit, so die verfassungswidrigen Erlasse, die fremden Soldaten, die Zurücksetzung der Ungarn bzw. die gewalttätige Zensur. In seinem „Lehrenden Büchlein für Mensch und Bürger“ fasste Martinovics die allgemeinen Vorstellungen der radikalen Demokraten zusammen. In diesem Büchlein konnte er sich frei, ohne jeden taktischen Gedanken äußern, deshalb ist es so auffällig, dass er fast nichts konkretes aussagt. Der Kathechismus der „Gesellschaft der Reformer“ beruhte auf der Übernahme der konkreten Vorstellungen des Klubs, im Gegensatz dazu zeigte eben der Kathechismus der „Freiheit und Gleichheit“, wie unklar die Vorstellungen über die bürgerlichen Veränderungen waren.<sup>4</sup>

Als Ignác Martinovics begann, die verschwörerischen Gesellschaften zu organisieren, ernannte er 1794 zuerst die vier Direktoren: József Hajnóczy, Ferenc Szentmarjay, János Laczkovics und Graf Jakab Sigray. Von den vier Direktoren – nach der Meinung Győző Conchas – war allein József Hajnóczy (1750-1795) kein einseitiger Rationalist, er hat seine Reformvorschläge mit Hilfe seiner Kenntnisse über die Rechtsgeschichte und über die zeitgenössische

<sup>2</sup> Benda, Kálmán: A magyar jakobinus mozgalom története (*Die Geschichte der ungarischen Jakobinerbewegung*). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1957. S. 66

<sup>3</sup> Barabás, Tibor: Martinovics élete (*Martinovics Leben*). Budapest, Athenaeum, 1945. S. 112

<sup>4</sup> Benda, Kálmán: A magyar jakobinus mozgalom története (*Die Geschichte der ungarischen Jakobinerbewegung*). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1957. S. 67-68

europäische Literatur verfasst. „Wenn wir die Vorstellungen von Hajnóczy im Ganzen anschauen, können wir mit Ausnahme der Bodenfrage alle Refomen des Jahres 1848 auffinden.“<sup>5</sup> Henrik Marczali wies auf die Zweiseitigkeit Hajnóczys Tätigkeit hin: erstens fleißiger und präziser Sammler der ungarischen öffentlich-rechtlichen Literatur, andererseits Anhänger der Aufklärung und revolutionären Lehre. „Zweifellos, dass er unser erster öffentlich-rechtlicher Schreiber ist...Vielleicht ist er der erste Ungar, in dem die Idee der allgemeinen Entwicklung völlig mit die Idee der Erhaltung der ungarischen Nation verwachsen.“<sup>6</sup>

Neben Werke von Montesquieu, Rousseau und Voltaire haben auch das „Système de la Nature“ von Holbach, die Große Französische Enzyklopädie und „Scienza della legislazione“ von Filangieri eine große Wirkung auf die Ansichten Hajnóczys gehabt. Rousseaus Lehre, die er in seinem Buch „Du contrat social“ ausführlich dargestellt hat, gehört zu den öffentlich-rechtlichen Grundlagen József Hajnóczy, und diese war die führenden Gedanke des Landtags in 1790-91. Die Stände stellten fest, dass Joseph II. (1780-1790) den gesellschaftliche Vertrag verletzt habe, und damit brach die kontinuierliche Bindung der Erbfolge (filium interruptum successionis), und die Nation stand vor einer neuen Aufgabe: einen neuen Vertrag zu schliessen, d. h. ein neues diploma inaugurale zu verfassen.<sup>7</sup>

In seinem Buch „Öffentlich-rechtliche Abhandlung über die Grenzen der königlichen Macht in Ungarn“ (Ursprünglicher Titel: Dissertatio politica-publica de regiae potestatis in Hungaria limitibus) äußert József Hajnóczy seine Reformgedanken im Zusammenhang mit der legislativen Macht, die eng mit der Legitimation des zeitgenössischen Strafrechts verbunden sind. „Zur Gesetzgebung ist im Allgemeinen die Einigung des Königs mit den Ständen nötig, daraus folgt, das alle Gesetze im Landtag zu schaffen sind. So sind keine vorläufigen Gesetze, die sog. Normale<sup>8</sup>, und keine offenen Befehle verbindlich. Deshalb sind die neue judikative Ordnung (Ordo iudiciarius, 1785), die neue exekutive Ordnung (Ordo Criminalis<sup>9</sup>) und die Verordnung über Straffälle und Strafen (Sanctio de delictis et poenis) für niemanden verpflichtend.“<sup>10</sup> In dieser Hinsicht verkündet Hajnóczy, wie Filangieri das Prinzip der Gesetzmäßigkeit, er gibt der legislativen Macht, also dem Landtag, Vorrang. Hajnóczy stellt Mängel der strafrechtlichen Regelung fest – sie sind ohne den Beitrag des Landtags

<sup>5</sup> Concha, Győző: A kilencvenes évek reformeszméi és előzményeik (Die Reformgedanken und ihre Prämissen der neunziger Jahre). Budapest, 1885. S. 154-168

<sup>6</sup> Marczali, Henrik: Alkotmánytervezetek 1790-ben (Verfassungsentwürfe des Jahres 1790). Budapest, 1906. S. 405-406

<sup>7</sup> Bónis, György: Hajnóczy József (József Hajnóczy). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1954. S. 176

<sup>8</sup> Normale: Durch der König erlassene Verordnung. Als Normale wurden auch solche wichtigeren mit grundsätzlicher Bedeutung versehenen Entscheidungen benannt, die die Dikasterien ständig registrierten, um sie in konkreten Fällen wieder zu verwenden.

<sup>9</sup> Die Ordo Criminalis wurde Joseph II. in 1787 an die Septemvirtafel zur Anwendung gesendet, aber ihre Adoption passierte nicht, die Gerichte jedoch verwendeten die Ordo Criminalis ab 1787.

<sup>10</sup> Csizmadia, Andor: Hajnóczy József közjogi-politikai munkái (Öffentlich-rechtliche und politische Werke József Hajnóczy). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1958. S. 107-108



erlassen worden. In seinem späteren Werk hebt er die strafrechtliche Kodifikation hervor, die dem materiellen Strafrecht sowie dem Strafprozessrecht eine legale Basis geben könnte.

In seinem Werk „Gedanken eines ungarischen Patrioten über einige zum Landtag gehörige Gegenstände“ stellt er seine Ansichten über die Beschränkung der Festnahme dar: „Niemand darf festgenommen werden, nur nach Vorladung und nach gesetzlicher Verurteilung.“<sup>11</sup> Dieses Prinzip nennt er „Magna Charta der ungarischen Freiheit“<sup>12</sup>, dieses Recht steht nicht nur den Adeligen, sondern allen Mitgliedern der Nation zu. Er begründet seine Ansicht mit der Unschuldsvermutung, er meint, es sei die wichtigste Grundlage des Naturrechtes und der Freiheit, so möchte er es folglich nicht nur für die Bürger und freie Grundbesitzer, sondern auch für die den adeligen Instanzen gehörenden Grundbesitzungen (Haus, Obst- und Weingarten etc.) anwendbar erklären.

Er bleibt bei dem Prinzip der „non citatus non convictus“, also dem Prinzip der Immunität gegen die willkürliche Festnahme bis zu seinem Tod. Die Geltendmachung dieser Immunitäten hat er in seinem Wiener Bekenntnis als eines seiner höchsten Ziele genannt. Es ist zu bemerken, dass dieser Gedanke bei Hajnóczy hin und wieder auftritt, er verbreitet diesen sogar und gelingt zum Allgemeinerklärung dieses Prinzips.

Während der strafrechtlichen Sicherung der persönlichen Freiheit geht er von der Annahme der Unschuld aus, ähnlich wie bei der Deklaration der Vereinigungsfreiheit. In seinem Buch „Über den Landtag Ungarns und dessen Organisation handelnde öffentlich-rechtliche Dissertation“ (Ursprünglicher Titel ist: De comitiis Regni Hungariae deque organisatione eorundem dissertatio iuris publici Hungaria) setzt er sich damit auseinander, dass die Annahme der Unschuld nicht nur auf Menschen, sondern auch auf Gesellschaften erweitert werden sollte. „Jeder Mensch sowie jede Gesellschaft hat das Recht zu verlangen, für gut gehalten zu werden, bis das Gegenteil nachgewiesen wird. Dementsprechend darf der Staat – noch minder die exekutive Macht – aus purem Verdacht solche Vereinigungen der Bürger innerhalb des Staates verbieten, die keine schlechten Folgen haben.“<sup>13</sup> Alleinstehend ist das Verhältnis zwischen der Unschuldsvermutung und der Sicherung der freien Arbeit der Vereine, da dieser unerhörte Liberalismus in scharfem Gegensatz zur Französischen Revolution steht, deren Beispiel für erhaben gehalten und dem ansonsten gefolgt wird. Da wurde den französischen Arbeitern schon zu Beginn der Revolution ihre neu erworbene Vereinigungsfreiheit wieder (weg)genommen.

Hajnóczy hat seine Ansichten im Zusammenhang mit der Richterschaft vor allem in Bezug auf die Korruption entfaltet. Seiner Meinung nach gibt es

<sup>11</sup> Csizmadia, Andor: Hajnóczy József közzégi-politikai munkái (Öffentlich-rechtliche und politische Werke József Hajnóczy). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1958. S. 35

<sup>12</sup> Bónis, György: Hajnóczy József (József Hajnóczy). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1954. S. 199

<sup>13</sup> Csizmadia, Andor: Hajnóczy József közzégi-politikai munkái. (Öffentlich-rechtliche und politische Werke József Hajnóczy). Budapest, Akadémiai Kiadó, 1958. S. 240

kein effektives Gesetz: Denn wenn ein Gesetz umgegangen werden kann, ist es besser, das Gesetz nicht zu schaffen. Wenn die Gabe von „Geschenken“ verboten wird, werden die bestechlichen Richter noch vorsichtiger und schlauer, sie werden sogar dazu bewogen, im Gegensatz zu den bisherigen geringen Geschenken in Naturalien immer größere Geldsummen zu fordern – natürlich Rücksicht nehmend auf das Risiko. Nach der Ansicht Hajnóczys sind die besten „Arzneien“ die gute schulische Erziehung und die Öffentlichkeit der richterlichen Arbeit. „Jedes Gericht sollte vor offenen Türen verhandeln, der Eintritt sollte frei sein. Auf Wunsch der Parteien müssten die Urteile ausgedruckt werden.“<sup>14</sup> Diese Bemerkungen zeichnen einerseits ein trauriges Bild über die zeitgenössische ungarische Ethik, sie versuchen andererseits, die Forderung des bürgerlichen Staates, die Öffentlichkeit der Verhandlung und die kontrollierende Rolle der Presse in Ungarn geltend zu machen.

Die oben genannte Ansicht Hajnóczys knüpft eng die Vorstellungen Filangieris an, die sie aber sogar noch überholt. Die Sicherung der Öffentlichkeit während der Verhandlung – ähnlich wie bei Filangieri – zielt in erster Linie auf die Begrenzung der richterlichen Willkür, die Kontrolle der öffentlichen Meinung sichert daneben die bürgerlichen Garantien. Die Öffentlichkeit des Urteils – und dessen Begründung – macht die Kontrolle der Verfahren möglich.<sup>15</sup> Hajnóczy übertrifft die Ansichten seines Zeitgenossen Filangieri, da er diese Öffentlichkeit nicht nur auf den Verhandlungsraum beschränkt, er spricht auch über die Veröffentlichung der ausgedruckten Urteile in größeren Kreisen. Die Erscheinung in Druckausgabe setzt die Pressefreiheit voraus, der Hajnóczy besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat: Er fordert heftig die völlige Freiheit der Presse und die Abschaffung der Zensur. Im Gegensatz zu Filangieri widmet Hajnóczy der Begründungspflicht der Richter nicht so viel Aufmerksamkeit, er konzentriert sich auf Urteile. Der ungarische Jakobiner hält die Begrenzung der richterlichen Willkür nicht nur mit der Kontrollfunktion der Öffentlichkeit, sondern auch mit der Erziehung für verwirklicht, er hebt die Wichtigkeit der richtigen schulischen Erziehung als präventives Mittel hervor.

Die ungarische Jakobinerbewegung war ein Versuch einer Hand voll radikal demokratischer Intellektueller der Verwirklichung des bürgerlichen Nationalstaates bzw. der Einführung von Reformen. Sie hatten keinen durchdachten Plan, aber ihre Begeisterung war groß. Ihr Bestreben entsprang dem reinen Patriotismus und dem Wunsch, ihr Volk auf den Weg einer freieren und menschlicheren Entwicklung zu führen.

Zum Schluss bleibt nur noch, einen Satz aus dem Abschiedsbrief von József Hajnóczy zu zitieren: „Meine Absichten waren edel, auf das Beste meiner Mitbürger gerichtet, und eine Empörung hatte ich nie im Sinne, glaube auch noch bis jetzo, dass sie nie durch Mitteilung dieser Katechismus entstanden

<sup>14</sup> Ratio proponendarum in comitiis Hungariae legum. X. OSzKK. Fol. Lat. 3635. 1790.

<sup>15</sup> Becchi, Paolo – Seelmann, Kurt: Gaetano Filangieri és az európai felvilágosodás (*Gaetano Filangieri und die europäische Aufklärung*). Budapest, Gondolat, 2005. S. 35



wäre. Desto ruhiger aber trete ich aus der Welt, weil ich die frohe Rücksicht habe, dass in meinem Vaterland jener Schritt zur grösseren Vervollkommen der Gesetzgebung bald gemacht wird, den ich damit beabsichtigt und in meiner Fassion auseinander gelegt habe.”<sup>16</sup>

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Judit Lenkovics im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 27. April 2006 in Basel gehalten hat.*

<sup>16</sup> Hajnóczy's Abschiedsbrief an Gottfried Kéler (Ofen, 19. Mai 1795). In: Benda, Kálmán: Magyar jakobinusok II. (Ungarische Jakobiner II.) Budapest, 1952. S. 780-781

# Der Martinovics-Prozess und die Argumentation mit der Lehre Filangieris

Gábor Bathó

Eötvös-Loránd-Universität

Dem österreichischen Polizeiminister, dem Grafen Franz Saurau, ist im Frühling 1794 zur Kenntnis gelangt, dass eine Gruppe von mit dem Regime des König Franz unzufriedenen, demokratisch denkenden und mit der französischen Revolution sympathisierenden Bürgern in Wien angefangen hatte, sich zu organisieren. Er ließ diese beobachten, so war er über alle ihre Schritte gut informiert. Er fand nun Mitte Juli die Zeit dazu reif, die Organisation zu unterdrücken, so wurden die Mitglieder auf die Anordnung des Herrschers gefangen genommen, unter ihnen auch Ignác Martinovics, der Leiter der Organisation. Danach wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, dessen Vorsitzender der Polizeiminister war, und dessen Mitglieder aus den Reihen österreichischer Gerichte und der Polizei kamen. Damals hat man noch nicht geahnt, dass die Organisation in Ungarn viel umfassender sei als die in Wien. Martinovics hat ein ausführliches Bekenntnis über die von ihm organisierten, geheimen Gesellschaften, über die „Gesellschaft der Reformer“ und die „Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit“ abgelegt. Vor dem Untersuchungsausschuss hat er die Organisation von „ungarischen Jakobinern“ und die Ziele der Bewegung aufgedeckt und die Direktoren namhaft gemacht. Diese wurden dann auch festgenommen, was Unzufriedenheit im ganzen Land ausgelöst hat. Die Direktoren legten ebenfalls ein ausführliches Geständnis ab, und als Folge dessen und weiterer Anzeigen kam es zu weiteren Verhaftungen. Nach dem Bericht des Untersuchungsausschusses, der die Jakobiner-Bewegung als gefährlich beurteilte, wurde der Prozess angestrengt.<sup>1</sup>

Der Grund für den Prozess war, dass man die Verbreitung von aufgeklärten Ideen verhindern musste, vor allem, dass die Ideen Ignác Martinovics (1755-1795) in die Öffentlichkeit dringen, was einerseits für das Haus Habsburg gefährlich gewesen wäre, andererseits die Habsburger-Monarchie, den Absolutismus und das feudale System grundsätzlich angegriffen hätte. In der Philosophie von Ignác Martinovics ist er der fortschrittlichsten und konsequentesten Richtung seiner Zeit, dem französischen Manierismus, vor allem den Ideen von Holbach, gefolgt. Er hat die Werke von Bayle, Helvetius, Spinoza, Diderot, Montesquieu, Bolingbroke und La Mettrie dargelegt.

<sup>1</sup> S. dazu: Benda, Kálmán – Elek, Judit: Vizsgálat Martinovics Ignác szászvári apát és társai ügyében (Untersuchung des Prozesses des szászvári Abt Ignác Martinovics und seiner Gefährten). Budapest, 1983.



Die philosophische Richtung von Holbach hat am Ende des 18. Jahrhunderts in Ungarn unbedingt eine revolutionäre und die Revolution anregende Rolle erfüllt. Dies unterstützt auch das Werk von Martinovics mit dem Titel *Philosophische Memoiren*, und zwar der darin formulierte Antiklerikalismus, Materialismus, Atheismus und der Hass gegenüber den feudalen Institutionen.<sup>2</sup> Dabei folgt er treu den Gedanken von Holbach, aber das ist nicht nur die pure Nachahmung des *Système de la Nature*, sondern eine selbständige Zusammenfassung der Lehren seines geistlichen Meisters, und Anwendung auf die Verhältnisse seiner Zeit und seiner örtlichen Gegebenheit.<sup>3</sup>

Trotz dieses eindeutigen Grundes war es nicht einfach, den Prozess anzustrengen.<sup>4</sup> Einerseits konnte man den Verhafteten anhand der gültigen Verordnung nicht wegen Hochverrates den Prozess machen, nur wegen Untreue. Andererseits war es aufgrund der Verordnung für den Prozess nicht gesichert, dass die Häftlinge wirklich verurteilt würden, deswegen hat der Herrscher die Untersuchungs-, Prozess- und Berufungsordnung durch Verordnung geändert.<sup>5</sup>

Martinovics hat bereits während des Prozesses die Manipulation der Rechtsgrundlage seitens der Anklage gegen ihn betont: „Wenn man den Ursprung der Gesetze über Landesverrat im römischen Zivilrecht untersucht, so wird es sofort eindeutig sein, dass diese von den Usurpatoren des Römischen Reiches stammen: diese befürchteten, dass die gesetzmäßige Verfassung der Römischen Republik zurückkehre, so haben sie die Schuld des Landesverrats erfunden, [...] und die Strafgesetze auch auf die Absicht von Bündelei mündlich erweitert.“<sup>6</sup> Fast wortwörtlich dasselbe hat Filangieri im Dritten Band seines Werkes das *System der Gesetzgebung* aufgeworfen, wo er bemerkt, dass „unsere Könige diesen Gesetzen nicht folgen können und sich danach auch nicht sehnen.“<sup>7</sup> In Ungarn wurden Gesetze über Majestätsbeleidigung unter König István (Stephan) dem Heiligen (997-1038)<sup>8</sup>, König Kálmán (Koloman) dem Bücherfreund (1095-1116), Karl III. (1711-1740) und Leopold II. (1790-1792) verabschiedet, wonach neben der Majestätsbeleidigung auch die Untreue und der Hochverrat bestraft wurden, aber deren Versuch nicht. Deswegen musste der Herrscher diese Gesetze durch eine Verordnung ändern, weil nur so das Gericht Ignác Martinovics des Hochverrats schuldig befinden konnte. Im dagegen gerichteten Protest seitens Martinovics kann man die Idee des auch bei Cesare Beccaria und Filangieri erscheinenden *nulla poena sine lege* erkennen.

Im zweiten Hinweis auf Filangieri spricht Martinovics über das Geständnis, die Königin der Beweise: „Alle Geständnisse haben die Natur, dass derjenige als Verrückter erscheinen kann, der freiwillig ein Geständnis ablegt.

<sup>2</sup> Martinovics, Ignác: *Filozófiai írások (Philosophische Memoiren)*. Budapest, 1956. S. 7

<sup>3</sup> Martinovics 1956. S. 15

<sup>4</sup> Martinovics 1956. S. 9

<sup>5</sup> Benda, Kálmán: *Magyar jakobinusok II. (Ungarische Jakobiner II.)*. Budapest, 1952. S. 78.

<sup>6</sup> Benda 1952. S. 385

<sup>7</sup> Filangieri, Gaetano: *A törvényhozás rendszere III. kötet (System der Gesetzgebung III. Band)*

<sup>8</sup> Szent István király Intelmei és Törvényei. II. törvénykönyv (*Mahnungen und Gesetze König Stephan des Heiligen. II. Gesetzbuch*). Budapest, 2002. S. 65

Der eine war von Irrsinn angetrieben, der andere vom Irrtum, wieder andere vom Leid oder von der Tortur. Keiner sagt etwas gegen sich selbst aus, ausgenommen in dem Fall, wenn er dazu gezwungen wurde. Weiterhin sagt Hobbes in seinem Werk „Über den Bürger“ folgendes: Das Geständnis ist nun umsonst, bei dem man ahnt, dass es von Natur aus falsch ist. Bei den Römern gab es im Strafgesetz niemals ein Selbstgeständnis, aber in Zivilprozessen wurde derjenige, der ein Geständnis ablegte, für schuldig gehalten. Dieses Selbstbekenntnis wurde im fröhlichen England nach Blackstone für echten Selbstmord gehalten, wie es auch der hervorragende Filangieri bestärkt.<sup>9</sup> Dagegen hat Martinovics bei den Verhören ein umfassendes Geständnis abgelegt und dabei auf die günstigere Beurteilung gehofft. Das Strafrecht im 18. Jahrhundert legt dem Geständnis einen großen Wert bei, der Verdächtige, der ein Geständnis ablegte, wurde für schuldig erklärt und sicher verurteilt. Martinovics hat alles bekannt, um die Gutmütigkeit des Gerichts, bzw. des Herrschers zu gewinnen. Seiner Philosophie nach ist es keine Sünde, was er begangen hatte, so musste er sich vor keiner Strafe fürchten. Er hat zwar die Gesetze des Herrschers gebrochen, und das hat er auch bekannt, aber die Naturgesetze nicht. Seiner Meinung nach waren alle seine Taten den Naturgesetzen entsprechend, die der Verbesserung der Menschheit dienen, und er wurde bei der Schaffung von Kathechismen und der Organisierung der geheimen Gesellschaften von dem Gedanken der Verbesserung geführt. Dies bezieht sich auch auf die Strafgesetze, deren Ziel dadurch auch die Verbesserung der Menschheit und der Gesellschaft ist, dass diese die Verbrecher von den Sünden zurückhalten. Die begangene Sünde und die Strafandrohung durch das Gesetz müssen miteinander im Gleichgewicht stehen, sonst können diese ihre Aufgabe nicht erfüllen, sie dienen ansonsten nicht der Verbesserung der Gesellschaft und verletzen dadurch die Naturgesetze.<sup>10</sup>

Die dritte Erwähnung Filangieris während des Prozesses trägt den wichtigsten Gedanken in sich: „Wenn meine Empfindlichkeit, mein Amt und meine Würde ... zwanzigmal so groß sind wie die eines Bauern, der des gleichen Verbrechens überführte würde, so ist meine Gefängnisstrafe, die in der Summe aller Strafgesetzen beinhaltet ist, zwanzigmal schwerer als die des Bauern, der über grobe Muskeln, aber über keinerlei Idee von seinem Amt und seiner Würde verfügt; wenn ich also ein Jahr abbüße, dann ist das so viel wie zwanzig Jahre für den Bauern für das gleiche Verbrechen... Filangieri betont es in seinem Strafrecht mit Recht, dass die Strafen die Ideen der Empfindlichkeit, des Amtes, der Würde und der Autorität in Betracht ziehen müssen, wenn sie gefällt werden, und zwar in dem Maße, dass man diese noch für gerecht hält.“<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Filangieri, Gaetano: A törvényhozás rendszere III. kötet 10. fejezet (*System der Gesetzgebung III. Band, 10. Kapitel*). S. 182

<sup>10</sup> Martinovics 1956. S. 101-107

<sup>11</sup> Benda 1952. S. 409



Aufgrund der Wirkung Beccarias sprechen sowohl Martinovics als auch Filangieri die Notwendigkeit von proportionalen Strafen aus. In seinen Philosophischen Memoiren wirft auch Martinovics die Frage der proportionalen Strafe auf. Er spricht eindeutig an, dass er die Todesstrafe nur gegen die Mörder für gerecht hält. Er fand das wichtigste Ziel der Bestrafung das Zurückhalten von den Sünden, aber beim Mordfall setzte er voraus, dass das Organ des Mörders total verdorben und ganz unheilbar sei, so dass dieser der Heilung nicht würdig sei, deswegen müsse man ihn vernichten. Anhand der Erfahrungen der Zeit wurden mehrere nicht verurteilte Mörder rückfällig, so dass ihre Beseitigung aus der Gesellschaft als gänzlich begründet angesehen wurde. Martinovics macht aber bei denen eine Ausnahme, die „in die Sünde der Mordtat nur eingeschwindelten“ wurden, also für die heftige Erregung ein Entlassungsumstand sein kann. Bei anderen Verbrechern sind weitere Unterscheidungen begründet. Einerseits müsse man die Strafe mit der gesellschaftlichen Lage, dem Beruf des Verurteilten bzw. mit sonstigen Verhältnissen in Einklang bringen, andererseits müsse man darauf achten, dass man den Verbrecher mit der Strafe nicht nur mehr verziehe. Das obige Beispiel – der Vergleich Martinovics und dem Bauer – sagt auch dasselbe aus, es ist also ganz sinnlos, zwei unterschiedliche Persönlichkeiten mit derselben Strafe zu belegen.<sup>12</sup> Martinovics beurteilt die Kriminalität als Verderben des Körpers des Verbrechers, eigentlich als eine Krankheit, Filangieri hält es hingegen für eine Vertragsverletzung. Martinovics proportionalisiert die Strafen zu dem Maße der Krankheit des Körpers, Filangieri hingegen zur gesellschaftlichen Wichtigkeit des Vertrags. Das abstrakte Ziel der beiden ist die Sicherung des Bestandes der Gesellschaft, denn eine Gesellschaft voll von kranken Menschen oder eine Gesellschaft aus „Vertragsbrechern“, aus den Menschen, die die Gesellschaft in Angst und Schrecken halten, ist vollständig lebensunfähig und schädlich.<sup>13</sup>

Die Gedanken Martinovics haben die Dynastie der Habsburger in ihrer Macht insoweit beängstigt, dass sie die Dokumente des Prozesses für geheim erklärt haben, und diese auf beinahe ein ganzes Jahrhundert verschwunden sind, bis man sie bei Renovierungsarbeiten des österreichischen kaiserlichen Palastes im Jahre 1878 gefunden hat, und zwar in dem Korridor des Appartements des Kaiser Franz, in zugenagelten Kästen. Auf die Initiative des Ungarischen Landesarchivs begann man die Dokumente in den 1870er Jahren zu suchen, ebenfalls im Jahre 1895, am 100. Jahrestag des Prozesses. Bei diesen zwei Nachforschungen sind zwar Dokumente zum Vorschein gekommen, aber das Wiener Geheimarchiv, wo diese eigentlich gelagert waren, verweigerte immer die Herausgabeersuchen. Nur im Jahre 1919, während des Zerfalls der Monarchie, nachdem auch die geschlossenen Teile des Geheimarchivs zugänglich geworden sind, kamen fast alle Dokumente zum Vorschein. Am

---

<sup>12</sup> Martinovics 1956. S. 128-130

<sup>13</sup> Becchi, Paolo – Seelmann, Kurt: Gaetano Filangieri és az európai felvilágosodás (*Gaetano Filangieri und die europäische Aufklärung*). Budapest, Gondolat, 2005. S. 39-41

Ende der dreißiger Jahre stellte es sich heraus, dass man in Wien immer noch Dokumente über den Prozess bewahrte.<sup>14</sup>

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Gábor Bathó im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 27. April 2006 in Basel gehalten hat.*

<sup>14</sup> Benda 1952. S. 12-16.



# **Der Wettbewerb der Ungarischen Akademie der Wissenschaften im Jahre 1839**

## **Die preisgekrönten Arbeiten von Bertalan Szemere, Jakab Sárváry und Imre Csatskó**

**Boglárka Földesi**  
Eötvös-Loránd-Universität

Die Ungarischen Akademie der Wissenschaften wurde von Grafen István Széchenyi<sup>1</sup> (1791-1860), einer Hauptgestalt des Vormärzes, im Jahre 1825 errichtet. Das Ziel der Akademie war die Pflege der ungarischen Sprache, der Künste und der Wissenschaften. Bis 1848 leistete die Akademie eine erfolgreiche Arbeit in der Entwicklung der ungarischen Sprache und Literatur und der nationalen Schauspielerei. Sie schrieb Wettbewerbe zur Lösung von Fragen von landesweitem Interesse aus und natürlich bekränzte sie ausgezeichnete belletristische und wissenschaftliche Leistungen. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848-49 sollte sie ihre Tätigkeit unterbrechen, so konnte die Akademie erst seit den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts wieder der Mittelpunkt des ungarischen wissenschaftlichen Lebens sein. Neben der Pflege der ungarischen Sprache und Literatur war die Pflege der Wissenschaften in den Vordergrund getreten. In der Generalversammlung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften 1839 war der folgende geschichtswissenschaftliche und rechtsgeschichtliche Wettbewerb ausgeschrieben:

*„Es soll das Ziel und der Sinn der Strafe definiert werden, ihre Prinzipien und ihre verwendbaren Arten sollen vorgetragen werden! Kann die Todesstrafe einen Platz unter diesen Arten der Strafe haben, und wenn ja, wie, in welchen Fällen und mit was für einem Erfolg wird sie bei den älteren und neueren Völkern insbesondere in Ungarn ausgeübt?“*

Auf diese Frage wurden zwölf Arbeiten eingereicht. Die preisgekrönte Arbeit war das Buch „Über die Strafe und insbesondere über die Todesstrafe“ von Bertalan Szemere. Die zweite war das Buch von Jakab Sárváry mit demselben Titel und zuletzt nach den Spuren von Gaetano Filangieri forschend schreibe ich noch über das Werk von Imre Csatskó. Alle drei waren ausgezeichnete Juristen und Rechtswissenschaftler, wie es ihre Preisarbeiten

---

<sup>1</sup> Zitat von Grafen István Széchenyi, das er in der Sitzung des Landtags im Jahre 1825 von sich gab: „Hier habe ich kein Wort. Ich bin kein Mitglied des Unterhauses. Aber bin ich Gutsbesitzer; und wenn ein solches Institut aufgestellt wird, das die ungarische Sprache entfaltet und dadurch bei der ungarischen Erziehung unsere Staatsangehörigen hilft, so biete ich dafür das einjährige Einkommen aus meinem Hab und Gut an.“

beweisen. Dass Filangieri in allen diesen Arbeiten angeführt wurde, zeigt, dass er auch in der ungarischen Rechtsliteratur eine wichtige und bekannte Persönlichkeit war.

Bertalan Szemere wurde 1812 geboren und erwarb sein juristisches Diplom 1832. Während seiner ausländischen Reisen erkannte er, dass Ungarn im Vergleich zu Westeuropa außerordentlich rückständig war, und das Ungarn-Bild falsch oder mangelhaft war. 1848 bekam er als Innenminister zum ersten Mal ein verantwortliches Kabinett, danach 1849 war er schon der Ministerpräsident. Nach dem Sturz der Revolution emigrierte er, aber nach einer Amnestie konnte er heimkommen. Er starb in Buda 1869.

In seinem hier behandelten Buch untersuchte er erstens die Beziehung zwischen dem Strafrecht und der Gesellschaft. In dieser Beziehung sind die wichtigsten Fragen, was das Ziel der Gesellschaft ist und was die Rechtsgrundlage des Strafens ist. Des Weiteren schrieb er noch über die verschiedenen strafrechtlichen Theorien z. B. die Präventionstheorie, über die Straforten und zuletzt stellte er den Zustand in Ungarn dar. Die Probleme waren die Mängel des entsprechenden Gefängnisystems, der öffentlichen Gerichte, aber hauptsächlich das Fehlen eines einheitlichen Strafgesetzbuches. Weil das vierte Kapitel („Die Todesstrafe“) im Zusammenhang mit Filangieris am interessantesten ist, beschäftige ich mich deshalb zuerst mit diesem ausführlich.

Dem Autor folgend hat die Strafe zwei Rechtsgrundlagen: das begangene Verbrechen bzw. die Aufrechterhaltung des Friedens und der Freiheit. Es können zwei Fragen aufgeworfen werden. Die erste ist: gibt es ein solches Verbrechen, das der Richter mit dem Tod bestrafen darf, und kann das Leben somit der Gegenstand der Strafe sein? Die zweite Frage ist: ist die Todesstrafe zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Freiheit nötig? Die Antwort auf beide Fragen ist eindeutig nein. Nein, weil das Leben heilig und unverletzlich ist, und es „das einzige, was ohne Aufhören eingestellt werden kann“<sup>2</sup>, ist. In Zusammenhang damit gibt es nur einen Einwand, den auch Filangieri vertrat. „Wenn das Leben gänzlich unverletzlich und heilig ist, dann kann der angegriffene Mensch seinen Aggressor noch in dem Höhepunkt der Gefahr nicht töten.“<sup>3</sup> Alle waren in Bezug auf das Notwehrrecht des angegriffenen Mannes einverstanden, aber nicht über die Grenze dieses Rechts einig. Einige meinten, dass der Angegriffene seinen Aggressor – wenn es keine andere Möglichkeit gibt – töten könne. Aber es gab auch Menschen, die ganz gegensätzlich dachten, dass der Aggressor und der Angegriffene dasselbe Recht hätten. Deshalb darf niemand den Anderen töten. Bertalan Szemere meinte, dass der angegriffene Mensch den Aggressor töten dürfe. Aber nicht darum, weil der Angriff kriminell ist, sondern weil der Mensch ein unantastbares Recht auf Leben hat.

<sup>2</sup> Szemere, Bertalan: A büntetésről s különösképpen a halálbüntetésről (*Über die Strafe und besonders über die Todesstrafe*). Budapest, Magyar Tudós Társaság, Törvénytudományi Pályamunkák, I. Band, 1841. S. 117

<sup>3</sup> ebd. S. 118



Was die zweite Frage betrifft, ist die Antwort darauf ebenfalls nein. Obwohl der Aggressor auch ein Recht auf Leben hat, hat er genauso kein Recht über das Leben. Schließlich untersuchte Szemere die Nützlichkeit, die Erforderlichkeit und die Berechtigung der Todesstrafe von zwei Seiten. Einerseits bewies er die Ergebnislosigkeit der Todesstrafe anhand von historischen Beispielen und Gefängnisstatistiken. Andererseits bewies er, dass die Todesstrafe mit den meisten Strafprinzipien unvereinbar ist. Sie ist zu persönlich, unmoralisch und hindert auch den Gang der Justiz, weil der Geschädigte wegen der schweren Strafe den Verbrecher oft nicht benennt.

Nach dem preisgekrönten Werk von Szemere gehe ich zu der Abhandlung von Jakab Sárvány über. Es ist in Pest 1844 erschienen. Sárvány war Oberlandesgerichtsrat und Oberstaatsanwalt unter der Herrschaft von Herzog Pál Esterházy. In den acht Teilen seiner Preisarbeit untersuchte er je ein kurzes Thema z. B. die Definition des Sinnes der Strafe oder das Ziel der Strafe und die wichtigsten Prinzipien der Strafe. Er beschäftigte sich natürlich auch mit der Todesstrafe, aber er vertrat eine von Szemere und auch von Filangieri abweichende Meinung. Er war nämlich mit den verschiedenen Vergleichen oder mit den Statistiken von der generellen Ungerechtigkeit der Todesstrafe nicht überzeugt. Weil es richtig sei, dass das göttliche Leben unverletzlich ist, aber für den Fall, dass jemand einem anderen auch ein unverletzliches Recht wegnähme, sei es keine Ungerechtigkeit, wenn dieser Mensch mit der Wegnahme des gleichen Rechtes bestrafen würde.

Der Autor widerlegte noch die Ansicht Filangieris, wonach niemand ein solches Recht einem anderen überlassen darf, über das er auch nicht selber verfügt. Weil man kein Recht zum Selbstmord hat, hat der Herrscher auch kein Recht, jemanden mit dem Tod zu bestrafen. Die bürgerliche Gesellschaft entstand nach Sárvány für beiderseitige Hilfe und Schutz, so dass, wenn jemand die öffentliche Ordnung störe, er sich selbst um das Recht brächte, das jedem Bürger gebührt. Schließlich sagte der Autor noch: „wenn jemand tötete, soll er auch sterben.“<sup>4</sup>

Der letzte Teil der Abhandlung behandelt die Vorteile der Todesstrafe. Der erste ist, dass die Verbrecher der Gesellschaft Dank der Todesstrafe nicht mehr schaden können. Der zweite Vorteil ist, dass diese Strafe die beste und die effektivste ist, weil sie die Bindungen zur bürgerlichen Gesellschaft auflöst. Und der letzte Vorteil ist, dass die Todesstrafe nötig ist, da die wegen eines Verbrechens aufgebrachte Gesellschaft nur durch sie beruhigt werden kann. Also ist nicht die Todesstrafe selbst das Problem, sondern die Art und Weise ihrer Anwendung. Sie wurde zu viel und zu oft benutzt, deshalb wurde sie immer alltäglicher und der Hingerichtete wurde zum Helden in den Augen des Volkes.

<sup>4</sup> Sárvány, Jakab: A büntetésről s különösebben a halálbüntetésről (*Über die Strafe und besonders über die Todesstrafe*). Hrsg. Magyar Tudós Társaság. Pest, Eggenberger J. és Fia, 1844. S. 22

In dem letzten Teil meines Vortrags stelle ich die Preisarbeit von Imre Csatskó vor, aber davor werde ich seinen Lebenslauf kurz vorstellen. Er wurde 1804 in Vác geboren. Nach seinen juristischen Studien war er Professor an der Universität zu Győr und zu Kassa. 1867 fertigte er einen Strafgesetzbuchentwurf an. Er war ein Vertreter der naturrechtlichen Richtung. Von 1871 bis zu seinem Tod war er Richter bei der Kuria<sup>5</sup>.

Seine Arbeit, „Die strafrechtlichen Theorien“ besteht aus zwei Bänden. In dem ersten beschäftigte er sich mit den verschiedenen Strafrechtstheorien und mit der Herausbildung des Strafrechts. Der zweite Band ist der geschichtliche Teil. Es behandelt die strafrechtliche Gesetzgebung der alten Völker und der neuen Staaten. Weil dieser Band aus vielen konkreten Beispielen oder eingehenden Beschreibungen besteht und ich Filangieri auch im ersten Band auffand, lege ich auf diesen ersten Band einen besonderen Akzent.

Während der Darlegung der Strafrechtstheorien führte der Autor auch ausführlich die Meinungen Filangieris auf. Filangieri dachte so, dass die Gesetze wie Verträge sind, weil auch die Bürger gewisse Verpflichtungen übernehmen. Deshalb verletzte, wer das Gesetz verletzte, den Contractus, und so soll er um seine Rechte gebracht werden. Und das Ziel der Strafe ist, den Verbrecher von neuen Delikten zurückzuhalten, bzw. die anderen Menschen mit Hilfe der Strafvollstreckung abzuschrecken. Die Prinzipien der Strafrechtstheorie Filangieris sind die Folgenden:

- 1) Die Strafe ist rechtmäßig, weil der verbrecherische Bürger den mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag verletzte, der sein Recht mit der Bedingung sicherte, der gesetzlichen Pflicht gerecht zu werden.
- 2) Die Mittel der Belohnung und der Bestrafung sind zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft nötig.
- 3) Der Mensch hat auch ohne die Gesellschaft das Recht zu bestrafen, aber die, die in einer Gesellschaft leben, übertrugen dieses Recht auf die Oberherrschaft oder auf das Strafrecht.

Danach vergleicht Csatskó die Theorie Filangieris mit der Abschreckungstheorie. Der Autor war der Meinung, dass, obwohl Filangieri von vielen auf diese Theorie festgelegt wurde, Filangieri gerade nicht dieses System befolgte. Er verschmolz mehrere Prinzipien in seiner Theorie und er forderte die Abschreckung nicht blind. Filangieri verlangte im Gegensatz zur Anhängerschaft der Abschreckungstheorie, die Strafe nach dem Maß der Schuldigkeit zu bemessen.

Im zweiten Teil des Bandes untersuchte der Autor die Verbindung zwischen dem Strafrecht und den bürgerlichen Beziehungen. Er meinte, dass die Rechte zum Glück notwendig seien, deshalb sei es unerlässlich, die Bürger über ihre Rechte und Verpflichtungen gegenüber der Regierung aufzuklären. Der

---

<sup>5</sup> Die Kuria war gemäß Gesetz 1869/4. das oberste richterliche Forum, das die Zuständigkeit in straf- und bürgerlichrechtlichen Fällen hatte. Der einheitliche Aufbau der Kuria wurde mit dem Gesetz von 1881 ausgestaltet.



Autor dachte, dass die wichtigste Ursache der Kriminalität die Unbildung und die Mittellosigkeit sei.

Schließlich kann ich feststellen, dass die drei vorgestellten Arbeiten auf die sich lange hinziehende ungarische Kodifikation eine bedeutende Wirkung hatten. Außerdem wiesen sie auf viele wichtigen Fragen über die Berechtigung der Todesstrafe hin. Folgendermaßen ist das eindeutig, dass Filangieri im Bewusstsein der ungarischen Juristen und auch in der Rechtsliteratur lebendig war.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Boglárka Földesi im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 27. April 2006 in Basel gehalten hat.*

# Die Debatten über den Gesetzantrags von 1843 im Landtag und das Auftreten der Gedanken Filangieris in dieser Diskussion

Viktor Romsics

Eötvös-Loránd-Universität

Das 18. Jahrhundert, das die triumphale Epoche der Progression war, stellte den europäischen Völkern als nachahmenswerte Bildung die Aufklärung voran. Die Expansion der Modernität, d. h. der Kampf des Neuen gegen das Alte bestimmte auch im Großteil des langen 19. Jahrhunderts die Geschichte des Kontinentes. Die Werke des Anhängers des freien Gedanken wurden in der ganzen Welt gelesen. Auch die Strafrechtswissenschaft bereicherte er um Meisterwerke.

In Ungarn standen sich die Liberalen und die Konservativen seit dem Anfang des 19. Jahrhundert auf jedem Gebiet des Lebens gegenüber. Die Natur des Strafmonopols des Staates war ein permanentes Thema in den Diskussionen. Das Strafrecht, das Strafverfahren und die Strafvollstreckung kamen in den Mittelpunkt des Kampfes. Die Macht des Staates besonders das Monopol der Anwendung der physischen Gewalt war in der Geschichte immer eine wichtige Frage.

Der Gesetzantrag von 1843 war in erster Linie eine politische Angelegenheit. Im Hintergrund standen grandiose Kräfte. Die Veränderungen des Strafrechts dieser Periode stammten aus drei Quellen. Die gesetzeskundigen Vertreter der Gerechtigkeit betrachteten es als ihr Ziel, die Verbesserung der Praxis herbeizuführen. Die Arbeit an den Universitäten war eine systematisierende, damit halfen die Professoren der Rechtsanwendung.<sup>1</sup> Die dritte Quelle war mit den fortschrittlichen Ideen gleichbedeutend. Ihre Vertreter waren hauptberufliche Juristen, die von ihrer politischen Rolle den Aufschwung des Landes erwarteten. Sie wollten ihre Nation in eine neue, schönere Welt führen. Ein Mittel dazu war das humanistische Strafrecht.

Die gerichtliche Willkür verbitterte den Radikalen das Leben in jeder absoluten Monarchie, deshalb sahen die Liberalen es als selbstverständlich an, dass ein modernes Strafgesetz der Souveränität dient. Außerdem konnten sie in einem so gestalteten Strafrecht die Vorrechte der Feudalordnung endlich abschaffen.

---

<sup>1</sup> Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (*Ungarische Rechtsgeschichte*). Budapest, Osiris, 1999. S. 276



Den Namen des Schöpfers des Gesetzantrags von 1843 fassten die Geschichtsschreiberinnen und Geschichtsschreiber der ungarischen Rechtsgeschichte in Gold. Darin erwarb sich Ferenc Deák (1803-1876), einer der größten ungarischen Juristen, der Justizminister der unabhängigen, ersten verantwortlichen ungarischen Regierung von 1848, unvergängliche Verdienste.<sup>2</sup>

Ein Ausschuss leistete die Ausarbeitung des Strafgesetzantrags von 1843. Über die Errichtung des Komitees bestimmte der fünfte Gesetzesartikel für das Jahr 1840.<sup>3</sup> Der Ausschuss hatte drei Unterausschüsse. Jeder Unterausschuss hatte ein eigenes Thema: materielles Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollstreckung. Diese Gruppen hatten die konkreten Vorschläge auszuarbeiten.

Der Ausschuss hielt seine erste Sitzung am 1. Dezember 1841 ab, und die Ergebnisse wurden in der gemeinsamen Sitzung vom 5. Juli 1843 vorgestellt. Ein wesentliches Element der Arbeitsmethode war die Bearbeitung der wissenschaftlichen Ergebnisse der Epoche. Alle europäischen Strafkodices standen zur Verfügung. Ferenc Pulszky nahm die fertigen Vorschläge nach Wien und Heidelberg mit, um um die Meinung der jeweiligen Rechtswissenschaftler zu bitten. Den Gesetzantrag las auch Professor Carl Joseph Anton Mittermeier, der angesehene Kodifikator. „Der originellste und kühnsten Gesetzgebungsversuch in Europa.“ – wertete er das Werk.<sup>4</sup>

Die Debatte des Strafgesetzantrags von 1843 im Landtag war eine ausgesprochen gute Möglichkeit für die Bekanntmachung einer neuen Epoche des ungarischen strafrechtlichen Denkens, bzw. der politischen Strafphilosophie. In 1843-44 stand im Landtag das Strafrecht im Mittelpunkt, wo wieder einmal die Liberalen und Konservativen sich gemessen haben. Wenn wir aber die Landtagstagebücher lesen – in dem die Diskurse zwischen den Ständen geschildert werden, kommen wir zu der Konklusion, dass die Teilnehmer ihre Diskussion mit so einem differenziertem Inhalt füllten, dass wir nicht behaupten können, dies wäre nur ein roher öffentlicher Kampf der zwei gegnerischen politische Kräfte gewesen. All dies kann man vielleicht am Besten durch einige ausführliche Kernprobleme demonstrieren, konzentriert auf die Debatten der Stände.

Am Eröffnungstages der Debatte des Strafgesetzantrags am 1. September 1843 hielt István Szigethi Szerencsi, der die Sitzung der Stände führte, eine lange Vorrede, gab den Anwesenden Anweisungen im Bezug auf ihre Legislation. Er betonte die bedeutende Rolle der ehrwürdigen Rechtsphilosophen, die an der Modernisierung des Strafrechts mitwirkten und denen die Nachkommen mit Respekt und Anerkennung dienen würden. Ihre Werke bedeuteten die ersten beachtlichen Impulse, die zu wirklich großen

<sup>2</sup> Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (*Ungarische Rechtsgeschichte*). Budapest, Osiris, 1999. S. 277

<sup>3</sup> Mezey, Barna: A magyar jogtörténet forrásai (*Die Quellen der ungarischen Rechtsgeschichte*). Budapest, Osiris, 2001. S. 468

<sup>4</sup> Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (*Ungarische Rechtsgeschichte*) S. 276

Reformen führten. In der Rede des Vorsitzenden kamen diese drei Namen auf: Montesquieu, Filangieri und Beccaria.

Danach aber begann er seine Ausführungen, wonach auf rein theoretischen Grundlagen, seien sie auch noch so raffiniert, der neue Strafkodex nicht beruhen könne. Während der Schaffung des neuen Gesetzbuches müsse man mit besonderer Hinsicht auf die praktischen Erfahrungen, auf die konkreten Lebensverhältnisse vorgehen. D. h.: mit Hinsicht auf die nationale Lage, auf das Temperament der Nation und auf die Ergebnisse der Statistik. Neben der ungarischerseits erwünschten Quantität der gesetzlichen Strenge machte er die Hörschaft darauf aufmerksam: „hier gibt es zahlreiche Sünden und die sind auch sehr wichtig“.<sup>5</sup> Obwohl der mit großer Reputation versehene Politiker die praktische Überwindung der Theorien für die Zukunft für vorteilhaft hielt, sah es dennoch so aus, als ob er Filangieris Theorie – von die „relative Güte“ der Gesetze – interpretierte. Die „relative Güte“, als einen Kontakt „zwischen der Lage der Gesetze und der Nation“. Der italienische Professor macht das mit diesem anschaulichen Beispiel – durch die Gleichstellung der Legislation in Sparta und in Athen – fühlbar: „Für Sparta konnte die Legislation nicht besser sein, als es die von Lykurgos gewesen ist, und für Athen konnte sie nicht besser sein als die von Solon... Alle beide entsprachen dem Stand der Republik, in der sie angewendet wurden“.<sup>6</sup> Mit ein wenig Übertreibung konnte auch Szigethi Szerencsy ähnlich formulieren: Für Sparta Lykurgos, für Athen Solon, für Ungarn Drakon. Diese pragmatische Ansicht wirkte produktiv auf die nachfolgende Debatte im Landtag.

Das größte Dilemma war die Todesstrafe. Die radikalen Reformer wollten sie im Zeichen des Humanismus abschaffen. Bertalan Szemere, der spätere Innenminister der ersten verantwortlichen ungarischen Regierung und der zweite Ministerpräsident, hielt seine womöglich berühmteste Rede gegen die Todesstrafe in 1843. Er warnte den Landtag davor, dass die Todesstrafe nach wie vor in der Hand des Staates sei. Er war der Ansicht, dass diese Straftat zur Abschaffung der Sünde ungeeignet ist. Außerdem stehe sie im Gegensatz zur Besserung, die ein grundlegender Zweck der Strafe sei. Die Todesstrafe diene auch nicht der Prävention.

Auf die brillante, freigeistige Rede Szemeres reagierten viele. Gábor Lónyay, der Abgeordnete des Komitats Veszprém hob z. B. hervor, dass das Erfordernis der beispielhaften Strafe die moralische Besserung und die Beseitigung der gerichtlichen Fehler sei. Er meinte, dass man die neue Regelung an die eigenartigen ungarischen Zustände anpassen muss. Dabei betonte er, dass man zur Änderung des Denkens der Menschen mehr Zeit brauche als zur Umformung des Rechts. Lónyay war für die Beibehaltung der Todesstrafe, weil er fand, dass diese Strafe in Ungarn – mit Rücksicht auf den nationalen

<sup>5</sup> Ungarisches Parlament, 1843-1844. Tagebuch der Landstände. Band I.

<sup>6</sup> Filangieri, Gaetano: System der Gesetzgebung. Übersetzt von K. Link und J. Ch. Siebenkees. Anspach, 1784-1793. Band I. S. 138



Charakter – unentbehrlich sei.<sup>7</sup> Imre Békassy, ein anderer Abgeordneter, stand auf dem Standpunkt, dass die Wegnahme des menschlichen Lebens im gegebenen Fall richtig und proportional als Beantwortung gewisser Verbrechen sei. Er erinnerte seine Zuhörerschaft daran, dass Joseph II. die Verurteilten anstatt der Todesstrafe mit der Galeerenstrafe „in den zehnfachen Tod“ schickte. Sibirien von Zarin Elizabeth sei auch dem Tod gleich.<sup>8</sup>

Die Gegner der Todesstrafe blieben in der Minderheit. Sie überzeugten die Mehrheit von der Wichtigkeit der Abschaffung der Todesstrafe nicht, obwohl der Abgeordnete Pál Harsányi noch feststellte, dass man von einer abschreckenden Wirkung nicht sprechen könne. „Der Erhängte wird auch bestohlen“ – bemerkte er.<sup>9</sup>

Die Diskussion über die Blasphemie war sehr aufregend. Viele argumentierten für die Bestrafung. Sie begründeten ihre Vorstellungen damit, dass die Gotteslästerung die Gesellschaft gefährde. Einige hatten eine abweichende Meinung: Sie dachten daran, dass es eine religiöse Angelegenheit sei. Wenn der Staat es bestrafe, müsse er z. B. die Unterlassung der Messe und der Beichte auch strafen. Aber das sei in einem modernen, säkularisierten Staat unmöglich.

Simon Kruplanicz, der Abgeordnete des Komitats Esztergom zitierte Filangieri. Nach seiner Erinnerung habe der berühmte italienische Jurist geschrieben, dass die Blasphemie dem Gesetzgeber nicht gleichgültig sein dürfe.<sup>10</sup> László Palóczy, der Abgeordnete des Komitats Borsod berief sich auch auf Filangieri. Palóczy erinnerte sich anders als der andere Abgeordnete. Nach seiner Meinung argumentierte Filangieri, dass die Strafe der Gotteslästerung „ein Anthropomorphismus“ sei. „Als wenn der Gott ein Mensch wäre, über den die Liebe, der Zorn und die Rachgier herrschen.“ Das Beispiel von Filangieri sei: wenn die Spanier in Amerika gewaltsam christianisierten, sei ein Peruaner wurde wegen Blasphemie mit Ruten geschlagen. Dort stand ein anderer Amerikaner, der fragte: „Warum?“. „Weil er Gott lästerte“ – antwortete man. „Wenn der Gott der Christen so grausam ist, respektierte ich ihn nicht.“ – sagte der Amerikaner.<sup>11</sup>

Palóczy sagte noch, dass der Allmächtige strafen kann, wenn er es wolle. Die Menschen müssten auf Rache für Gott nicht sinnen. Anhand dieser herausgehobenen Beispiele kann man sehen, dass der Humanismus in 1843-1844 bei den Landtagsdiskussionen zugegen war. Aber der Standpunkt der Mehrheit war, dass Ungarn zur Änderung noch nicht reif genug sei. Der Gesetzesantrag wurde deshalb nicht angenommen.<sup>12</sup>

<sup>7</sup> Ungarisches Parlament, 1843-1844. Tagebuch der Landstände. Band I.

<sup>8</sup> Ungarisches Parlament, 1843-1844. Tagebuch der Landstände. Band I.

<sup>9</sup> Ungarisches Parlament, 1843-1844. Tagebuch der Landstände. Band I.

<sup>10</sup> Ungarisches Parlament, 1843-1844. Tagebuch der Landstände. Band II. S. 40

<sup>11</sup> Ungarisches Parlament, 1843-1844. Tagebuch der Landstände. Band II. S. 42.

<sup>12</sup> Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte). S. 276

Aufgrund des Gesetzesantrags können wir betonen, dass die Zeitgenossen Filangieris in Ungarn den großen italienischen Meister kannten. Sie berief sich auf Filangieri in substantiellen Diskussionen. Sie kannten und verwendeten seine Thesen.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Viktor Romsics im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 27. April 2006 in Basel gehalten hat.*



# Der Strafgesetzantrag von 1843 und sein Zusammenhang mit Gaetano Filangieri

Anna Beke-Martos  
Eötvös-Loránd-Universität

## Zielsetzung

In meinem Vortrag werde ich den ungarischen Strafgesetzantrag von 1843 präsentieren, einige seiner strafrechtlichen Probleme analysieren, und ihn mit der Meinung von Gaetano Filangieri – die er im dritten, über Strafrecht geschriebenen Buch seines aus sieben Bänden bestehenden Werks *La Scienza della Legislazione*<sup>1</sup> geäußert hat – vergleichen.

## Geschichtlicher Hintergrund, die Entstehung des Antrages

Ungarn – wie der Großteil der anderen, sich an der Peripherie befindenden Länder – folgte während seiner ganzen Geschichte Westeuropa mit einer ziemlich großen zeitlichen Verspätung in seiner Entwicklung. Dementsprechend erreichten die Bourgeois-Ideen – die die gesellschaftliche und juristische Struktur der besser entwickelten Länder mit mächtiger Kraft und Geschwindigkeit reformiert hatten – unser Land erst mit einem halben Jahrhundert Verspätung<sup>2</sup>. Eine – der englischen oder der französischen ähnliche – gesellschaftliche Spannung erreichte bei uns zur Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Die außergewöhnliche Kombination der – mit dem Westen verglichen langsamen – Verbürgerlichung der Gesellschaft und der sich umso schneller verbreitenden Ideen wurde von Ungarns besonderer Politischer Situation noch weiter verkompliziert: neben den inneren Uneinigkeiten trug die Regelung der ungarischen Rechtsverhältnisse auch die Spuren unserer Beziehung zu Österreich. Dies war auch auf dem Gebiet der Strafrechtskodifikation<sup>3</sup> eindeutig zu sehen, denn diese war nicht nur eine fachliche, sondern auch eine tagespolitische Angelegenheit: der Kampf der Liberalen gegen die Erpressung der absolutistischen Macht um die

<sup>1</sup> Erste Ausgabe in Mailand 1784

<sup>2</sup> S. dazu: Mezey, Barna: *Magyar alkotmánytörténet (Ungarische Verfassungsgeschichte)*. Budapest, Osiris, 2003. S. 41–43

<sup>3</sup> S. dazu: Réti Illés, Elemér: *A bűntetőjog kodifikációjának első kísérletei Magyarországon (Die ersten Versuche der Strafrechtskodifikation in Ungarn)*. Budapest, 1916.

Rechtssicherheit und um die Freiheitsrechte, die anderswo schon erkämpft worden waren.

Zu dieser Zeit, während der politisch aktivsten Periode des ungarischen Reformzeitalters – in dem die Komitate und die radikalen adligen Gesellschaftsschichten ihre politische Agitation für die ungarische Umwandlung begannen –, ist der Antrag von 1843 für ein ungarisches Strafgesetzbuch entstanden. Damit beabsichtigten die Ungarn einerseits den Einfluss, den der Kaiserhof auf ihre Angelegenheiten ausübte, zu mindern, um dadurch Ungarn eine größere Unabhängigkeit zu erkämpfen, und andererseits wollten sie das ungarische Recht den Anforderungen der praktischen Rechtsübung entsprechend systematisieren. Der Antrag ist die Arbeit der vom ungarischen Ständetag ausgeschickten Deputation, und – wäre er akzeptiert geworden –, so hätte er die ständischen Privilegien vernichtet und die rechtliche Gleichheit ermöglicht.

Die erste Sitzung des mit der Erstellung des Strafgesetzbuches beauftragten Ausschusses fand am 1. Dezember 1841 statt, und er wurde mit seiner Arbeit am 5. Juli 1843 fertig. Bei der Abfassung wurde der Antrag mit vielen, damals geltenden europäischen Strafgesetzbüchern verglichen, und die ausgefertigte Version wurde von Ferenc Pulszky<sup>4</sup> nach Wien und Heidelberg mitgenommen, damit sie dort von Heinrich Julius Mittelmaier ausgewertet wurde. Obwohl der Antrag auf den damals modernsten Theorien basierte und bemerkenswerte fachliche Anerkennung bekommen hatte, war die ungarische Gesellschaft für eine derart große Veränderung noch nicht bereit: die Aristokraten und die konservativen Adligen verfügten über ein unüberwindbares Übergewicht im Landtag, und als Konsequenz – dank der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Unterhaus und der Magnatentafel – ist der Antrag durchgefallen. Trotzdem ist er von großer Bedeutung, denn sogar Jahrzehnte später ist er hin und wieder aufgetaucht, und dadurch übte er einen großen Einfluss auf die Strafrechtskodifikationsbewegung aus.

### Die Struktur des Antrages

„Der Bericht des durch 1840:5 Gesetz zur Begutachtung des mit dem Strafgesetzbuch eng verbundenen Bestrafungs- und Verbesserungssystem berufenen Landesausschusses“ besteht aus drei großen strukturellen Teilen: im ersten geht es um den allgemeinen und besonderen Teile des Strafrechtes, gefolgt vom Zusatz über die Polizeübertretungen und ihre Strafen. Der zweite Teil behandelt das Strafprozessrecht und – immer im Zusatz – den Polizeiprozess. Der dritte Teil enthält den Gefängnisplan über die Aufstellung des Gefängnisystems, samt Entwürfen. Jeder Teil enthält am Ende die Sondermeinungen der verschiedenen Mitglieder der Deputation – falls sie mit der allgemeinen Konklusion nicht zufrieden waren.

<sup>4</sup> 1814-1897, der „Kulturpapst des Dualismus“, Abgeordneter des Komitats Sáros im ungarischen Landtag seit 1839, später als Staatssekretär in Wien tätig.



Im ersten Teil, unter dem Titel „Allgemeine Erlässe“ gibt es acht Kapitel, in denen es sich um die folgenden handelt: die Personen für die das Strafgesetz gilt, die verschiedenen Strafen, ihre Anwendung und Umwandlung, der Vorsatz und die Fahrlässigkeit, der Verbrechensversuch und der Verbrechensanfang, der Täter, der Anstifter, die Mittäterschaft und die Beihilfe, die Zurechnung, der Rückfall, die Verjährung und die Gnade<sup>5</sup>. Es ist ein interessanter Unterschied zum heutigen Strafgesetzbuch, dass der erste Paragraph statt der Zielsetzung – der im heutigen enthalten ist – die Straftat selber definiert, als wollte er die Funktion des Strafgesetzbuches feststellen: Straftat ist die Tat, gegen die das Gesetzbuch eine Strafe anordnet. Es ist also eindeutig, dass es keine andere Quelle, Interpretation oder rechtswissenschaftliche Meinung gibt, auf der der Richter sein Urteil basieren kann. Wie Filangieri schon gesagt hatte, würde solche Subjektivität der Willkür des Richters einen gefährlich großen Raum geben, und das würde die Grundregeln der Rechtsicherheit und des Rechtes zum gleichen Umgang schädigen. Natürlich wäre es sehr schwer gewesen, das in Ungarn sofort in der Praxis anzuwenden, denn die einzige Freiheit, die die ungarische Gesellschaft im neunzehnten Jahrhundert kannte, war die Freiheit der Adligen, und diese hätte die Realisierung der rechtlichen Gleichheit verhindert.

Im zweiten Kapitel kann man die verschiedenen Strafen lesen: lebenslängliche Haft, Haft von einer bestimmten Zeitlänge, Gefangenschaft<sup>6</sup>, Verlust des Amtes dem Urteil eines Richters zufolge, Geldstrafen, richterliche Rüge. Schon beim ersten Blick auf diese Liste sieht man, dass die Todesstrafe fehlt – dies war einer der Punkte über den die zwei Häuser des Parlaments sich nicht einigen konnten. Die sich zunehmend verbreitenden liberalen Ideen und die Propaganda der Liberalen zeigten in die Richtung der „Humanisierung“ des Strafrechtes, und man fand, dass die Todesstrafe – eine nicht wiedergutzumachende, im Bezug auf das Verbrechen unproportionale Strafe – der von den Gesetzen erwarteten Rationalität widerspräche.

Das dritte Kapitel handelt von der Absichtlichkeit und der Fahrlässigkeit. Laut Filangieri darf man nur die Täter für schuldig erklären, die ein Verbrechen begehen wollten, also nur diejenigen, die sich allein und freiwillig für das Begehen eines Verbrechens entschlossen hatten. Im Gegensatz zu dieser Meinung werden auch die Verbrechen der fahrlässigen Täter im Strafgesetzbuchentwurf verurteilt, obwohl die Absichtlichkeit immer als erschwerender Umstand galt, besonders wenn der Beschuldigte das Verbrechen schon vorher geplant und vorbereitet hatte. Laut des Gesetzantrages ist der freie Wille also nicht das einzige, was einen verurteilungswürdig macht.

<sup>5</sup> S. dazu: Fayer, László: Az 1843-iki büntetőjogi javaslatok anyaggyűjteménye (*Sammlung der Gesetzesanträge von 1843*). Budapest, 1896-1902.

<sup>6</sup> arrestum simplex

Filangieri meinte, die Sanktion sei erforderlich, denn der Täter zeige ein „schlechtes Beispiel“ für die anderen Mitgliedern der Gesellschaft und dadurch gefährde er die öffentliche Ordnung. Ähnliche Erwägungen stehen im Hintergrund des Gesetzantrages von 1843, in dem jedes Verbrechen strenger bestraft wird, wenn es öffentlich begangen wurde. Die Konklusion, die man aus dieser Beobachtung ziehen kann, ist die folgende: während es bei den Richtern, bei der Urteilsverkündung, und allgemein in der ganzen Justiz ausgesprochen erwünscht ist, dass jede Tätigkeit öffentlich geführt wird, ist die Anwesenheit von Dritten bei der Durchführung einer Straftat ein erschwerender Umstand. Der Grund dieser Tatsachen lässt sich leicht erklären: Das Hauptziel des Strafgesetzbuches ist die Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung und Ausgeglichenheit. Dies gilt aber nicht nur für die makrogesellschaftliche, sondern auch für die mikrogesellschaftliche Ebene, und dementsprechend werden die gegen Familienmitglieder begangenen Verbrechen auch schwerer bestraft.

Nach dem allgemeinen Teil kommt der besondere Teil des materiellen Strafrechts mit dem Titel: „Besondere Erlässe der Verbrechen und ihre Bestrafung“. Am ersten Platz stehen die verschiedenen Verbrechen gegen das Menschenleben<sup>7</sup>, und danach kommt eine endlose Liste von der Unterschlagung durch den Verstoß gegen das Briefgeheimnis bis zur Majestätsbeleidigung. Der letzte Punkt ist der Hochverrat von Anwälten und Ingenieuren. Am Ende des besonderen Teiles befindet sich der Zusatz über die Polizeibertretungen und ihre Strafen.

Beim Lesen der langen Liste der verschiedenen Verbrechen fällt es einem auf, dass in der Zeit der Rechtssystematisierung und der Entwicklung der Rechtszweige noch viele, für uns zu anderen Gebieten – wie z. B. zum Familienrecht – gehörende Fragen ins Strafgesetzbuch aufgenommen wurden. Die Strafen für Meineid waren auch deswegen hart, weil das Wort eines Menschen damals – trotz der ziemlich weiten Verbreitung der Schriftkenntnisse – über Vertragskraft verfügte.

Am Ende des ersten großen Teiles findet man einige Sondermeinungen zu einigen Punkten des Gesetzesantrages. Unter anderem wurden die folgenden Beobachtungen zugefügt. Die Unterschreibenden wünschten sich, man hätte im Antrag eingeschlossen, dass der Anstifter nur dann verurteilbar ist, wenn er jemanden ausgesprochen zum Begehen der Straftat ermutert hatte – genauso wie Filangieri es behauptete: man ist nur schuldig, wenn man den Sachverhalt der Anstiftung verwirklichen wollte. Es ist sehr wichtig dies zu betonen, denn sonst könnte jeder sich damit verteidigen, dass er von irgend jemandem zur Straftat ermutert wurde, ganz zu schweigen von der Möglichkeit, jede simple Äußerung

<sup>7</sup> „Mord“, „vorsätzliche Tötung“, „schuldhaft fahrlässiger Totschlag“ und „Kindestötung“ werden dabei getrennt beschrieben



als Anstiftung zu betrachten<sup>8</sup>. Zu der Frage der Anstiftung wurde noch hinzugefügt, dass ihre Bestrafung in den Fällen, in denen der Angestiftete nicht einmal versucht habe, die Straftat zu begehen, ungerecht sei. Im Zusammenhang mit der Mittäterschaft möchten die Unterschreibenden, dass das von der Teilnahme im Verbrecherverbund abgeneigte Mitglied, das die anderen aber nicht angezeigt hatte, nicht die selbe Strafe erhalte wie seine Kameraden. Ihre Erklärung dafür lautete: in gewissen Fällen sei es möglich, dass eine eventuelle Anzeige den „Verräter“ noch schwerer gefährde als die Strafe. In der nächsten Sondermeinung wird der zehnjährige Zeitraum der Verjährung der Majestätsbeleidigung kritisiert: es verstoße gegen die Rechtsicherheit, dass man sich so lange davor fürchten müsse, dass irgend jemand einen für irgend eine unüberlegte Bemerkung – die er vielleicht vor mehreren Jahren gemacht habe – anzeigen könne<sup>9</sup>.

### Strafprozessrecht

Im zweiten Teil des Strafgesetzbuchantrages geht es um das Strafprozessrecht. Die Feststellung der Grundprinzipien war hier von extrem großer Bedeutung, denn es kam damals oft vor, dass die absolutistische Regierung Untertanen grundlos – oder zumindest aus Gründen die weder dem Angeklagten, noch der öffentlichen Meinung bekannt waren – verhaftete. Viele wurden ohne Prozess verurteilt, die nicht einmal wussten, welche Anklage gegen sie erhoben worden war, oder die einfach unschuldig waren. Der Entwurf schrieb vor, dass der ganze Prozess und die Urteilsfällung öffentlich durchgeführt werden mussten, und er stellte fest, dass das Fundament des Rechtssystems das positive Recht war. Dieses auch von Filangieri betonte Erfordernis, das die Öffentlichkeit, die Überschaubarkeit und die Transparenz des Rechtes sicherte, war schon von vielen europäischen Ländern erfüllt worden.

Die Mitglieder des Ausschusses behielten die Rationalität – eins der grundsätzlichen Kriterien – ständig im Auge, und dementsprechend setzten sie den Verlauf, die Teilnehmer und alle anderen Komponenten des Strafprozesses fest. In den ersten sieben Paragraphen handelt es sich um den Strafprozess im Allgemeinen. Danach sind die Strafbehörden und das Prozesspersonal an der Reihe, gefolgt von einer detaillierteren Auflistung des letzteren: die verschiedenen Richter und Staatsanwälte. Als nächstes kommt der Gerichtsstand, die jurisdiktische Unfähigkeit, und die Zurücksetzung der Richter. Das zehnte Kapitel beschreibt die Strafuntersuchung, den Augenschein, die Hausdurchsuchung, die Verhörung des Angeklagten und der Beschädigten. Den Teilnehmern des Prozesses folgt dessen Verlauf: die Belangung und deren

<sup>8</sup> Dieser Ansicht waren: Graf Ödön Zichy, Graf János Pejacevich, Ferenc Pulszky, Dienes Pázmándy, Gábor Klauzál, Baron József Eötvös, Baron Béla Wenckheiss, János Zoltán, István Bezerédy, Miksa Hertelendy, Ferencz Deák und László Palóczy

<sup>9</sup> S. dazu: Réső Ensel, Sándor: Az 1843. évi magyar büntető törvénykönyvi javaslat (*Der ungarische Gesetzesantrag von 1843*), Pest, 1865.

Konsequenzen, die Verhandlung, die Urteilsfällung, die Beweisführung, die Einlegung eines Rechtsmittels, die Strafvollziehung und die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Genauso wie im Strafrecht, gibt es auch im Strafprozessrecht einen Zusatz über den Polizeiprozess. Nach den allgemeinen Grundlagen stellt der Gesetzantrag die Polizeiuntersuchung, die Verhörung des Angeklagten, die Urteilsfällung, die Beweisführung, und die Wiederaufnahme des Polizeiprozesses fest.

Von den Sondermeinungen am Ende des Strafprozess-Teiles muss man vor allem der Ersten – die für die Geschworenenbank argumentierte –, und der Achten – die gegen die unbegründete Verwerfbarkeit kämpfte – ein Paar Worte widmen. In mehreren der Sondermeinungen wird die Unterstellung eines Landesteiles unter eine andere Strafbehörde beantragt, und verschiedene Fragen sind im Bezug auf die Geistlichen<sup>10</sup> und die Soldaten<sup>11</sup> aufgetaucht, denn für diese gab es besondere Regelungen.

### Das Gefängnisssystem

Im dritten und letzten Teil des Strafgesetzantrages von 1843 handelt es sich um das Gefängnisssystem<sup>12</sup>, es geht also schon ums Strafvollzugsrecht. Es beschränkt sich aber nicht nur auf das Gefängnispersonal, auf die Behandlungsweise der Häftlinge und die Differenzen zwischen den verschiedenen Anstalten, sondern es enthält auch die Aufstellungs- und Betriebspläne eines Gefängnisystems auf westeuropäischem Niveau mit Bauplänen und einem Kostenvoranschlag. Das System hätte auf dem Isolationsprinzip basiert. Deswegen war es für Károly Graefl nötig, einen besonderen Antrag einzureichen, indem er vorschlug, dass die Häftlinge die Messe nicht nur hören, sondern auch sehen sollten – ohne dabei das Grundprinzip des Gefängnisses zu beschädigen. Obwohl es im Gesetzesantrag nicht zu finden ist, wurde die Berichtspflicht des Statthalterates über den Zustand der Gefängnisse im Parlament in den Sondermeinungen festgelegt.

Von den drei Teilen des Gesetzesantrages war dieser der einzige, der es bis zum Monarchen geschafft hat. Den zwei Häusern des Landtags ist es also schliesslich gelungen, sich über das Gefängnisssystem zu einigen. Ferdinand V. wies den Antrag trotzdem zurück, denn er meinte, es habe keinen Sinn, einen Kodex nur über das Gefängnisssystem herauszugeben, denn das könne auch auf andere administrative Weise geregelt werden.

<sup>10</sup> Laut der dritten Sondermeinung sollten die Behörden der katholischen Kirche über die Straftaten der Geistlichen entscheiden, und in der zehnten handelt es sich um das Gericht, das sich mit dem polizeilichen Verhör der Geistlichen beschäftigt.

<sup>11</sup> In der neunten Sondermeinung wird das „Militärstrafgericht von Soldaten, die mit Zivilbehörden unterliegenden Personen in Mittäterschaft stehen“ in Betracht gezogen.

<sup>12</sup> S. dazu: Mezey, Barna: *Realitás és illúzió. Az 1843. évi börtönügyi törvényjavaslat vitái (Realität und Illusion. Die Debatten über den Gefängnisantrag von 1843)*. In: *Jogtörténeti Szemle (Rechtsgeschichtliche Rundschau)* 1992.



Das Thema zusammenfassend man kann sagen, dass, obwohl der Name Filangieris<sup>13</sup> während der Diskussionen um den Strafgesetzantrag von 1843 nicht erwähnt wurde, und obwohl seine Gedanken nicht wortwörtlich zitiert wurden, man seine – wenn auch indirekte – Wirkung trotzdem spüren kann, und man merkt, dass seine Ideen zweifellos im Antrag stehen. Der Grund dafür ist die Tatsache, dass die Mitglieder der Deputation, die den Antrag fertigstellten, über breite Rechtskenntnisse verfügten: die Experten der internationalen Rechtswissenschaft, – zu deren Entwicklung Filangieri in großem Maße beigetragen hatte – und ihre Arbeiten waren ihnen bekannt. Auch in Ungarn wurden die Freiheitsrechte und die Urteilsbegründungspflicht der Richter festgesetzt, der Vorrang und die Ausschliesslichkeit des positiven, geschriebenen Rechtes betont, die Rechtsicherheit verwirklicht (oder zumindest wäre es dem Gesetzantrag nach so verlaufen). Auch in Ungarn kann man die grundsätzlichen Ideen von Filangieris Proportionalitätstheorie finden: die Strafe wird von der Qualität (der eventuellen Verwandtschaft zwischen dem Beschuldigten und dem Beschädigten, die Zurechnungsfähigkeit), dem Grad (der Grausamkeit, der vorherigen Planung, der Öffentlichkeit) und dem eventuellen Schaden beziehungsweise der Schadensgefahr der Straftat beeinflusst. Auf der Liste der Strafen steht weder die Todesstrafe, noch die Prügelstrafe oder andere Arten der physischen Züchtigung. Die Strafen sind rational und sie richten sich nach dem Schutz der Gesellschaft.

### Konklusion, das Fortleben des Antrages

Was den Antrag selbst betrifft: die Menschen, die daran gearbeitet hatten, hatten die damals modernsten Theorien, die Gesetzbücher der am weitesten entwickelten Länder als Vorbild genommen, und so ist es ihnen gelungen, den Antrag eines weltweit anerkannten Gesetzbuches fertigzustellen. Seine Verwirklichung wäre jedoch im damaligen Ungarn noch ziemlich lange nicht möglich gewesen, denn bei uns hätte das Gesetz die Gesellschaft geformt – im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern, wo die Entstehung der Gesetze das Resultat einer organischen gesellschaftlichen Entwicklung war. Es war schon vorbestimmt, dass der Antrag nie durchkommen würde, denn diejenigen, denen er am wenigsten im Interesse lag, waren genau die, die das Recht hatten, ihn zu billigen<sup>14</sup>.

Trotzdem ist der Gesetzesantrag – und dadurch die Wirkung Filangieris – im Laufe der ungarischen Kodifikationsbewegung mehrfach aufgetaucht. Sogar mehrere Jahre nach seiner Entstehung gab man die Hoffnung nicht auf, dass er

<sup>13</sup> S. dazu: Becchi, Paolo – Seelmann, Kurt: Gaetano Filangieri és az európai felvilágosodás (*Gaetano Filangieri und die europäische Aufklärung*). Budapest, Gondolat, 2005.

<sup>14</sup> S. dazu: Fayer, László: Büntetési rendszerünk reformja (*Reform unseres Strafrechtssystems*). Budapest, 1892.

in einem Gesetz festgelegt würde, und sehr viele damals entstandene Ideen gelten bis zum heutigen Tag als Grundregeln des Strafrechtes<sup>15</sup>.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Anna Beke-Martos im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 27. April 2006 in Basel gehalten hat.*

<sup>15</sup> S. dazu: Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte). Budapest, Osiris, 1999, S 275-281



# István Széchenyi's Gedanken über die Entwicklung des Strafrechts

Imre Képesy

Eötvös-Loránd-Universität

Eine besonders wichtige Station in der Entwicklungsgeschichte des ungarischen Strafrechts bedeutete die in den späteren Zeiten als Reformzeitalter bezeichnete Periode ab 1825 (oder nach mehreren anderen Meinungen schon ab 1792) bis 1848. Obgleich dieser Rechtszweig den Rang eines selbständigen Wissenschaftszweiges kaum erreicht hat – Ungarn hatte nicht einmal ein selbständiges Strafgesetzbuch –, standen die aufzuweisenden Erfolge ihrem System und ihrer Anschauung nach auf dem Niveau der Zeit. Jene Verspätung und jener Schaffensdrang, welche sich durch die ganze ungarische Geschichte durchzogen, waren gleichzeitig vorhanden.

Über die zeitgenössischen Zustände kann uns der bedeutende Vertreter jener Zeit, Bertalan Szemere, ein plastisches Bild anbieten: „die Richter sind weder durch Gesetz noch Anweisungen bei der Auswahl der Straftat gebunden, sie können nach Belieben strafen. Es ist vom Gesetz nicht einmal das bestimmt, was eine Sünde ist und was nicht, so dass unsere Richter gleichzeitig Gesetzgeber sind. Es gibt kein Strafrecht und sie strafen, und sie üben damit eine moralische Gerechtigkeit aus, als ob sie Götter wären. Dazu können wir noch hinzufügen: dass unsere Gerichtsstände nicht öffentlich sind, dass unsere Kerker Nester aller körperlichen und seelischen Krankheiten sind, und überlebt der Häftling körperlich, stirbt er moralisch.“<sup>1</sup>

Aus dem vorangehenden, von Bertalan Szemere stammenden Zitat geht hervor, dass dieses Zeitalter für Ungarn den Übergang in die bürgerliche Gesellschaft bedeutete. Auf Ungarns Thron saß ab 1792 der Habsburger Franz I., der ein besessener Verteidiger des ancien régime und zugleich auch Gegner aller Reformbestrebungen war. Sein Nachfolger, der schwachsinnige Ferdinand V. wurde im Jahr 1835 gekrönt, an seiner Stelle hatte aber sein Ratgeber Metternich die Staatsangelegenheiten in der Hand. Die ganze Gesellschaft war voll von Atavismen, der Bildung einer bürgerlichen Gesellschaft standen vielfältige Hindernisse im Wege. Die ungarische politische Elite hatte sich zwei geteilt: während der konservative Flügel in Diensten des Wiener Hofes stand, hat die Opposition, welche den Fortschritt und die Erneuerung vertrat, immer konsequentere Reformvorstellungen artikuliert. Das Endergebnis dieser

<sup>1</sup> Balogh, Elemér: Deák Ferenc és az anyagi büntetőjog kodifikációja (*Ferenc Deák und die Kodifikation des materiellen Strafrechts*). In: Gróf Széchenyi István minden írása, CD-ROM. Logod Bt., Budapest, 2001.

Entwicklung war die Revolution und der Freiheitskampf gegen die Habsburger in 1848.

Die Aufgabe im Bereich des Strafrechts war klar: es musste ein Gesetz geschaffen werden, dass mit Hinsicht auf die ungarische Entwicklung, aber sogleich auf einem europäischen Niveau das System der Bedingungen der Strafgerichtsbarkeit regelt<sup>2</sup>. Dazu gehörte die Reform sowohl des materiellen als auch des formalen Rechtes und des Systems des Strafvollzugs. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Reformbestrebungen einen organischen Teil der zeitgenössischen Bestrebungen nach Modernisierung und Verbürgerlichung bedeuteten, sie können nicht isoliert untersucht werden. Zu den bedeutendsten Staatsmännern dieser Periode gehörten Graf István Széchenyi (1791-1860) und Ferenc Deák (1803-1876). Ihre Tätigkeit in Zusammenhang mit dem Strafrecht bedeutete nur einen, aber dafür einen wichtigen Teil ihres immensen Lebenswerks.

Széchenyi, der in eine aristokratische Familie geboren war, war der Initiator und die bedeutendste Persönlichkeit der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert beginnenden nationalen liberalen Reformbewegung. Er hat West-Europa zwischen den Jahren 1815-1825 mehrmals bereist. Nur einige Beispiele seiner Tätigkeit: in Pest hat er die Pferderennen eingebürgert, im Jahr 1825 hat er die Ungarische Akademie der Wissenschaften gegründet, zwei Jahre danach gründete er das Nationale Kasino.

Er initiierte den Bau der Kettenbrücke zwischen Pest und Buda. Széchenyi begegnete mit Freude dem Sieg der unblutigen Revolution im März 1848, er war Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten in der ersten unabhängigen, verantwortlichen Regierung Ungarns<sup>3</sup>. Sein zerrüttetes Nervensystem konnte aber die zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen Wien und dem unabhängigen Ungarn nicht vertragen. Im September brach er in der Begleitung seines Hausarztes nach Döbling auf, wo er lange Jahre in geistiger Umnachtung in der Nervenanstalt lebte. Es wurden gegen ihn wegen eines Flugblatts, das die Missstände des nach dem Zusammenbruch der Revolution in Ungarn entstandenen absolutistischen Systems enthüllte, polizeiliche Ermittlungen eingeleitet, wonach sich Széchenyi in der Nacht auf den 8. April 1860 das Leben genommen hat.

Während seiner Reise in England kam der Graf in einer für das Reformzeitalter charakteristischen, erwartungsvollen und reformwilligen Zeitstimmung darauf, wie zurückgeblieben seine Heimat ist. Lajos Kossuth (1802-1894), einer der Anführer der Revolution und des Freiheitskampfes in den Jahren 1848-49 nannte ihn mit Recht „den größten Ungar“.

<sup>2</sup> Balogh, Elemér: Deák Ferenc és az anyagi büntetőjog kodifikációja (*Ferenc Deák und die Kodifikation des materiellen Strafrechts*). In: Gróf Széchenyi István minden írása, CD-ROM. Logod Bt., Budapest, 2001.

<sup>3</sup> Die Minister der Regierung waren: Graf Lajos Batthyány (Ministerpräsident), Bertalan Szemere (Innenminister), Baron József Eötvös (Minister für Unterricht und Religion), Lajos Kossuth (Finanzminister), Lázár Mészáros (Minister für Kriegswesen), Gábor Klauzál (Minister für Ackerbau und Industrie), Graf István Széchenyi (Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten), Graf Pál Esterházy (Minister für die Verbindung zum König)



In seinen drei Werken, die am Beginn des Reformzeitalters entstanden sind (Kredit, Welt und Stadium), hat er mehrere wichtige Vorschläge in Zusammenhang mit der Zukunft des Landes vorgetragen, im letztgenannten Werk ist mehrmals von der Justiz beziehungsweise vom Strafrecht die Rede.

### Gleichheit vor dem Gesetz

Bei der Entstehung des im Jahr 1832 veröffentlichten Werkes von Széchenyi sind mehrere außen- und innenpolitische Ereignisse zusammengetroffen. Veranlasst durch die Unabhängigkeit Belgiens und Griechenlands, den ersten Niederlagen der Heiligen Allianz in ihrem großen Kampf für die Aufrechterhaltung des status quo, den Choleraaufstand 1831 in fünf Komitaten Ungarns und den langsam fortschreitenden Reformvorgang hatte er sich entschieden, dass er sich von der „offiziellen Politik“ absetzen und seine eigene Vorstellungen niederschreiben werde. Zu seinen wichtigsten, unser Thema betreffenden Forderungen gehörte die Verwirklichung der Gleichheit vor dem Gesetz.

Als Ausgangspunkt erklärt er mit einem zutreffenden historischen Beispiel den Unterschied zwischen den verschiedenen Gesellschaftseinrichtungen: während der türkische Herrschaft bittet man zitternd um Gnade beim Sultan, er fleht um sein Leben, aber jetzt der ungarische Adelige weiß, dass das Gesetz regiert, der Fürst kann nur jemanden begnadigen, er hat nichts bei der Justiz mitzureden<sup>4</sup> – dieses Beispiel bezieht sich im wesentlichen auf die unparteiliche und unabhängige Justiz, auf ein Grundprinzip von bürgerlichen Gesellschaften.

Im Falle von Ungarn ist es wichtig, das Wort Adelige hervorzuheben. Das von dem ungarischen Rechtswissenschaftler István Werbőczy (1458-1541) im Jahre 1514 erfasste *Tripartitum*<sup>5</sup>, das die heimische Rechtsentwicklung bis zur bürgerlichen Umgestaltung beeinflusste, hat den Begriff der sog. „adeligen Nation“ definiert, so dass daraus die die Mehrheit der Einwohnern bildenden Leibeigenen notwendigerweise heraus gefallen ist – und diese Auffassung hielt sich in der ungarischen Gesellschaft bis zum Jahre 1848, eine Tatsache, die gut die Janusköpfigkeit der ungarischen Gesellschaft zeigt. Außer der allgemeinen

<sup>4</sup> Graf Széchenyi, István: *Stádium*. Hrsg.: Otto Wigand, Leipzig, 1833. S. 147

<sup>5</sup> Das Gewohnheitsrecht hatte im feudalen Ungarn entscheidende Bedeutung. István Werbőczy wollte diesen Partikularismus mit seinem Werke *Tripartitum* (*Tripartitum opus iuris consuetudinarii inclyti regni Hungariae*) abschaffen. Der ungarische Landtag verhandelte die Zusammenfassung des ungarischen Landesgewohnheitsrechts, der König Ulászló (Wladislaus) II. (1490-1516) genehmigte und erlies einen Privilegienbrief, aber schlussendlich verweigerte er die Sanktionierung. Werbőczy druckte im Jahre 1517 sein Werk in Wien, und sandte es an die Komitate, die es wegen Mangels einer einheitlichen Gesetzssammlung verwendeten. In Transsylvanien wurde das *Tripartitum* zu Gesetzeskraft erhoben. Das *Tripartitum* ist ähnlich den mittelalterlichen Rechtsbücher, wie z. B. *Sachsenspiegel* oder *Schwabenspiegel*. Der größten Teil des *Tripartitums* wurde zwar im Jahre 1848 aufgehoben, aber die Regelungen bezüglich auf die Ehelichkeit der Kinder, Gesamterwerb in der Ehe, Voraus, und Ehevermutung sind in Kraft geblieben. (Horváth, Attila: *A magyar magánjog történetének alapjai (Grundrisse der Geschichte des ungarischen Privatrechts)*. Budapest, Gondolat, 2006. S. 134-136)

Ungleichheit vor dem Gesetz hatte dieses Problem auch einen wesentlichen strafrechtlichen Aspekt.

In der Gesellschaft hat die Existenz von Ständen in mehreren Bereichen die Ungleichheit determiniert. Das Strafrecht kann fünf Werte beschränken. Diese sind das Leben, die Unverletztheit des Körpers, das Vermögen, die gesellschaftliche Ächtung und die Freiheit<sup>6</sup>. Für die an die Scholle gebundenen, Frondienst leistenden Leibeigenen bedeutete die Freiheit ebenso wenig einen Wert wie für die römischen Sklaven des Altertums, und deswegen hält auch Széchenyi die Aufrechterhaltung von körperlichen Züchtigungsstrafen im Falle von jenen Personen, die nach seinen Worten „noch kaum aus dem Tierleben herauskamen“<sup>7</sup>, für notwendig. Es kommt also bei ihm transformiert die auch von Filangieri betonte Ansicht zum Vorschein, wonach, wenn sich die Gesellschaft vervollkommen wird, auch die Strafen milder werden.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass er in der ungarischen Rechtsgeschichte zum ersten Mal z. B. im Falle von politischen Straftaten aber eben jene Adelige mehr bestrafen würde<sup>8</sup>, die wegen ihrer besseren Erziehung mehr darauf achten müssten, dass sie keine Straftaten begehen. Er war ein Befürworter der Todesstrafe im Falle der unverbesserlichen Straftäter.

Er argumentiert gegen die Unterscheidung folgendermaßen, dass es ungerecht sei, wenn eine Gesellschaftsklasse „die Strafmacht kaum fühlt, und die andere Seite im Übermaß“. Nach seinen Worten „ist es auch keine Schande, den Strafgesetzen zu unterliegen“<sup>9</sup>, und sei es eine Schande, diejenige unbestraft zu lassen, die ein Gesetz so verletzen können, dass es sich auf sie nicht beziehe, aber die anderen erbarmungslos mit Strafe belege. Er führt das Beispiel des Heeres an, wo auch die kleinste Sünde im Interesse der Ehre der Einheit streng sanktioniert werde – es sei eine Frage, wieso das in der Gesellschaft nicht so sei.

Er ist im Reinen damit, dass die Ständeordnung nicht von einem Tag auf den anderen aufgehoben werden kann, er schlägt deswegen vor, dass es als erster Schritt genügen würde, das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz zu deklarieren<sup>10</sup>, und parallel mit der bürgerlichen Umgestaltung die Rechte des Adels auf jeden Einwohner des Landes zu erweitern. Ich muss noch bemerken, dass es in 1848 während der Revolution in Widerspruch mit der großen französischen Revolution nicht zur Entrechtung der Bevorrechteten kam, sondern zu dieser „Rechtserweiterung“, die von Széchenyi schon 1832 empfohlen wurde. Er stellt die Frage:

„Willkür oder Gesetz?“<sup>11</sup>

Széchenyi, ähnlich wie Filangieri und die Mehrheit seiner Zeitgenossen, betriebte die Anbindung von „Sünden und Strafen“ an Gesetze<sup>12</sup>, ein Vorgang,

<sup>6</sup> Mezey, Barna: Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte). Osiris, Budapest, 2004. S. 239.

<sup>7</sup> Széchenyi 1833. S. 155

<sup>8</sup> Széchenyi 1833. S. 155

<sup>9</sup> Széchenyi 1833. S. 157

<sup>10</sup> Széchenyi 1833. S. 163

<sup>11</sup> Széchenyi 1833. S. 162

<sup>12</sup> Széchenyi 1833. S. 159-160



der schon am Ende des 18. Jahrhunderts begann, aber unser erstes Strafgesetzbuch, der Csemegi-Kodex entstand erst im Jahr 1878. Auch für die Gesetze Tanuccis bedeuteten die Richter eine wichtige Prüfung, die längere Zeit imstande waren, sich gegen den Druck der zentralen Macht zu wehren. In Ungarn trat dieses Problem nuancierter auf, wenn die Rede auf die Bindung des Rechts an Gesetze kam, war der die überwiegende Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Macht besitzende Adelstand zum Schein dafür, gleichzeitig wollte aber jedermann seinen Einfluss und die Ungleichheiten aufrechterhalten.

Széchenyi – wie auch Filangeri – hob besonders hervor, wie wichtig die Interpretierung von Rechtsvorschriften sei. Es wurde in Ungarn viele Gesetze geschaffen, aber es gibt wohl keins davon, dessen Sinn nicht mindestens einmal von Richtern oder Rechtsanwälten verzerrt würde<sup>13</sup>. An dieses Problem knüpft sich der Aufbau eines entsprechenden Apparats – vor allem an die exekutive Macht denkend –, der die Geltendmachung des Rechts sichert<sup>14</sup>.

Die Ständegesellschaft war auch auf diesem Gebiet vertreten: der Graf hob hervor, dass nicht nur die Sünden und Strafen des Adels in Gesetze gefasst werden, sondern auch in Bezug auf die „Unadeligen“ solle man dasselbe machen. Er hält bezogen auf jedermann für wichtig, dass die Strafe die Sünde gleich erreicht, damit hat er die Forderung nach der Ebenmäßigkeit artikuliert, was auch bei Filangeri eine wichtige Rolle spielte. Als Beispiel führt er die sich auf die korrupten Abgeordneten Ungarns beziehenden Vorschriften an. Die ihnen zugemessenen Strafen waren im Allgemeinen zu mild, die anderen Mitglieder der Gesellschaft lachten oder ärgerten sich darüber. Über die Strafe, die strenger als notwendig ist, meint er, dass sie verzeihlicher sei, wenn sie auf Grund des Gesetzes verordnet wird, als wenn sie von Willkür diktiert ist.

Zum Schluss möchte ich mich einem Werk, das nach der Niederschlagung der Revolution entstand, widmen<sup>15</sup>. Im beschnittenen und seiner Staatlichkeit beraubten Ungarn fungierte die von Staatsminister Alexander Bach ausgebaute und geleitete Verwaltung bis zum Anfang der 1860-er Jahre. Das Land wurde in fünf Teile aufgeteilt, und im Bereich des Rechts war es eine wichtige Änderung, dass die Anwendung des österreichischen Rechts und damit des österreichischen Straf- und Zivilrechts obligatorisch gemacht wurde. Missbräuche kamen häufig vor, dagegen protestierte auch Széchenyi, und in Zusammenhang mit der Legitimation der Strafmacht hat er dargelegt, dass nur Gott das Recht hat, über die Sündigen eine Strafe zu verhängen, er war also in diesem Bereich kein Befürworter der Vertragstheorien.

*Der Text gibt den Vortrag wieder, den Imre Képesy im Schweizerisch-ungarischen strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 27. April 2006 in Basel gehalten hat.*

<sup>13</sup> Széchenyi 1833. S. 170

<sup>14</sup> Széchenyi 1833. S. 169-170

<sup>15</sup> Graf Széchenyi, István: *Önismertet (Selbstkenntnis)*. In: Gróf Széchenyi István minden írása, CD-ROM. Logod Bt., Budapest, 2001.

# Junge Ungarische Rechtshistoriker

---

Publikation  
des Lehrstuhls für Ungarische Rechtsgeschichte  
Rechtswissenschaftliche Fakultät  
Eötvös-Loránd-Universität

1. Randgruppen, Konzeptionsprozesse, Diktaturen, Budapest, 2007
2. Gaetano Filangieri in der ungarischen Strafrechtsgeschichte, Budapest, 2007

---

## In Vorbereitung:

Richten oder Schlichten: Formen strafrechtlichen Konfliktbewältigung  
Tamás Klein: Regelung der elektronischen Presse in Ungarn





